

Morgens

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worikplatz 15195-97
Expedition Worikplatz 11753-54

Freitag, den 24. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Zirkulation
Abteilung Worikplatz 11753-54

Bewerkschaften und Sachleistungen.

Das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt in seiner morgen erscheinenden Nummer:

Der Aufbau der von der deutschen Regierung für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorgeschlagenen Organisationen kommt nicht von der Stelle. Minister Dr. Rathenau hatte die Bildung eines großen deutschen Lieferverbandes vorgeschlagen. Dieser sollte als großer Selbstverwaltungskörper, in dem auch die Gewerkschaften sich und Stimme haben, die vom Ausland einkaufenden, auf den Friedensvertrag beruhenden Sachleistungsaufträge auf die zu bildenden Leistungsverbände verteilen. Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften verlangten, als die Interessensvertretungen der deutschen Arbeitnehmer, an diesen Organisationen in weitestem Maße beteiligt zu sein. Ueber den Umfang dieser Beteiligung und über die Art der zu bildenden Leistungsverbände, ob diese vorwiegend sachlich oder nach Ländern gegliedert sein sollten, und endlich über die Hauptfrage, nämlich, wie sich bei diesen Lieferungen die Bildung eines unangemessenen hohen Unternehmer- und Spekulationsgewinnes vermeiden lasse, sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Es ist vor allem die deutsche Großindustrie, die sehr entschieden eine Nachprüfung ihrer Selbstkosten bei diesen Lieferungen verweigert und verlangt, daß die Lieferantenpreise den deutschen Inlandspreisen gleichzusetzen seien.

Die diesbezüglichen Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaften die Mitwirkung und die Mitkontrolle der deutschen Arbeitnehmer durchzusetzen haben, werden im Augenblick durch den Eingriff der Entente unheilvoll beeinflusst. Das Wiesbadener Abkommen sieht die Bildung großer Organisationen zur Durchführung der Wiederaufbauverpflichtung und der Sachleistungen an Frankreich vor. Jetzt tritt die Reparationskommission, die zurzeit unter Führung des Belgiers Baelman mit der deutschen Regierung verhandelt, mit dem Anspruch auf, daß diese Leistungen im weitesten Maße unter Umgehung eines Kontrollapparates im „freien Verkehr“ vorgegeben werden. So sollen alle Bestellungen, die im einzelnen den Betrag von 100 000 Frank nicht überschreiten, frei vorgegeben werden können. Einmal ist der Betrag an sich sehr

hoch, dann aber liegt es natürlich in der Hand des Bestellers, größere Aufträge zu teilen, so daß sie im einzelnen nicht über 100 000 Frank hinausgehen. Es soll also unter Ausschluß einer durchgreifenden Kontrolle der ausländische Besteller mit dem deutschen Lieferanten in Verbindung treten und mit ihm die Preise und Lieferbedingungen vereinbaren. Dem Deutschen Reiche bliebe nur die Pflicht, diese Leistungen aus Staatsmitteln zu bezahlen.

Die unausbleibliche Folge würde sein, daß einmal die gewerkschaftlichen Forderungen auf Sicherung der tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Verteilung der Arbeit unter möglicher Berücksichtigung der durch Erwerbslosigkeit notleidenden Bezirke unter den Tisch fielen, weil durch den freien Verkehr jedweder Einfluß auf die Vergütung der Arbeiter fallen würde. Der freie Verkehr würde aber weiter Schieberum und Reparationsgewinnler der bösesten Art geradezu züchten. Die Befastigung der deutschen Volkswirtschaft wäre, wenn die von der Entente-Kommission geforderte Regelung der Reparationsleistungen durchgesetzt würde, ungeheuer.

Die Gewerkschaften haben daher sofort bei der Regierung die ernste Verwahrung gegen diese Art der Regelung eingelegt und gefordert, daß für alle solche Sachleistungen, die ihrer Natur nach durch die gebundene kontrollierte Wirtschaft ausgebracht werden können, so wie es ursprünglich geplant war, der Leistungsverband zuständig sein soll. Es läßt sich nicht leugnen, daß für bestimmte Arbeiten, die besonderer Spezialgebiete, besondere technische Einrichtungen betreffen, ein kontrollierter freier Verkehr möglich sein muß. Darüber streitet niemand. Was aber untragbar für das deutsche Volk ist, ist, daß alle Arbeiten im Wege des freien Verkehrs vorgegeben werden. Die deutsche Wirtschaft hat gerade genug unter dem Kriegs- und Revolutionsgewinnler gelitten, als daß sie ertragen könnte, daß zu diesen Parasiten sich noch der Reparationsgewinnler geselle. Die deutschen Gewerkschaften vertreten daher mit aller Entschiedenheit die Durchführung einer Organisation, die die Sachleistungen erträglich macht und den deutschen Arbeitnehmern eine Mitbeteiligung und Mitkontrolle sichert.

Internationale und Genoa.

Frankfurt a. M., 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale beriet heute unter dem Vorsitz Vanderveldes (Belgien) darüber, wie der internationalen Arbeiterbewegung auf der Konferenz von Genoa ein möglichst großer Einfluß gesichert werden könne und letzte folgende Entscheidung:

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale stellt fest, daß die Frage des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft, die den wichtigsten Gegenstand der Konferenz von Genoa bilden soll, im höchsten Maße eine Frage der Arbeiterklasse ist, die in allen Ländern unter der Anarchie der ökonomischen Verhältnisse am schwersten leidet. Es fordert daher die Arbeiterorganisationen auf, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um sich auf der Konferenz von Genoa einen der Größe ihrer Interessen entsprechenden Einfluß zu sichern.

Das Programm der internationalen Besprechungen in Frankfurt a. M. lautet wie folgt:

Am Freitag vormittag um 11 Uhr wird eine gemeinsame Sitzung der Exekutivkomitees der Internationalen 2 und 2½ im Rathaus stattfinden. Diese Sitzung wird veranlaßt von Friedrich Adler und Tom Shaw geleitet werden. Am Sonnabend soll dann die eigentliche fünfländerkonferenz beginnen, an der die Deutschen, die Franzosen, die Engländer, die Belgier und die Italiener teilnehmen werden. Man nimmt an, daß auch Genossen aus anderen Ländern als Gäste zugelassen werden.

Die Vorbereitungen der Zweiten Internationale tagte im Gewerkschaftshaus. Erschienen waren außer den Deutschen die Genossen Vandervelde, Hupmans, De Man (Belgien), Tom Shaw, Tomett (Präsident der englischen Arbeiterpartei) und Gillies (England), Wliegen (Holland) und Andersen (Dänemark). Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale, Genosse Henderson, ist infolge der kritischen politischen Lage in England verhindert, an der Konferenz teilzunehmen. MacDonald ist entschuldigt, da er in Frankreich zu tun hat. De Man und Viktor Schiff („Vorwärts“-Redaktion) sind Ueberseher.

Die Verhandlungen verliefen sehr kameradschaftlich und führten zu einer einmütigen Auffassung über die Politik gegenüber der Internationale 2½ und der Dritten Internationale. Einstimmig waren die Delegierten der Meinung, daß man der Einladung der

Internationalen 2½ zu einer gemeinsamen Besprechung am Freitagmorgen folgen werde. Gegenüber der Dritten Internationale waren alle Redner einmütig von einer starken Zurückhaltung und einem gewissen Mißtrauen. Erst im Laufe des morgigen Tages wird sich in den Verhandlungen mit der Internationale 2½ zeigen, welche Möglichkeiten für den Verkauf der internationalen Konferenz gegeben sind.

Am der Nachmittagsitzung wurde u. a. das Gesuch der Danziger Parteiorganisation um Aufnahme in die Zweite Internationale zustimmend entgegengenommen.

Folgende Entschlüsse wurden gefaßt: Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale hat sich am 23. Februar erneut mit der Lage des georgischen Volkes

beschäftigt. Auf dem Boden der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stehend, die für die Zweite Internationale maßgebend sind, stellt das Exekutivkomitee fest, daß es keine andere rechtmäßige Regierung Georgiens gibt als die aus allgemeiner Wahl hervorgegangene. Die von der Sowjetregierung vorgeschobenen Vertreter können daher auch im internationalen Verkehr, wie insbesondere auf der Konferenz von Genoa, nicht als Vertreter des georgischen Volkes mitreden.

Warschau im Flaggenschmuck.

Warschau, 23. Februar. (T.) Infolge des Wiener Angelegenheitsbeschlusses prangt Warschau zurzeit im Flaggenschmuck. Man plant, sämtliche Mitglieder des Wiener Parlaments nach Warschau einzuladen. Es soll dann in Warschau ein feierlicher Umzug sowie ein Festgottesdienst stattfinden. Die Feier wird vielleicht am Jahrestage der neuen polnischen Verfassung, dem 17. März, stattfinden.

Die lettische Verfassung.

Riga, 23. Februar. (T.) Die gesetzgebende Versammlung hat den ersten Teil der Verfassung Lettlands endgültig angenommen. Danach wird das lettische Parlament, das sogenannte Saina, aus 100 Mitgliedern bestehend, den Präsidenten der Republik auf drei Jahre wählen. Der Präsident muß mindestens 51 Stimmen haben und soll nicht unter 40 Jahre alt sein.

Her mit dem Existenzlohn!

Von August Haas (Köln).

Seit November des verflossenen Jahres folgen die Lohn- und Gehaltsbewegungen in schnellem Tempo. Trotz dem stärkeren Widerstand der Arbeitgeber wird sich das Tempo im Jahre 1922 nicht verlangsamen. Was liegt näher, als über Mittel und Wege nachzudenken, um die aufreibende Arbeit der Lohn- und Gehaltsbewegungen, die unser Wirtschaftsleben immer erneut erschüttern, in ruhigere Bahnen zu lenken. Der Trost, die Stabilisierung der Mark abzuwarten, ist ein solch schwacher, daß wir auf ihn nicht warten können, besonders nicht, wenn man berücksichtigt, daß die gleitende Lohnskala nicht allein bei dem Fallen der Mark und der damit verbundenen Steigerung der Preise, sondern auch bei dem Steigen der Mark und der darauf folgenden Preissteigerung wirksam werden soll. Für die Arbeiter und Beamten kann sie nach meinem Dafürhalten richtig angewandt, beim Fallen der Preise und der damit verbundenen Lohn- und Gehaltssteigerung am leichtesten wirken.

Streit um die Höhe des Existenzminimums — Index — man sagt: es bemühen sich Calwer, Claf, Kutzmann, Silberfeld, die Stadt Hamburg, Leipzig, Köln und andere um diesen Index zu finden. Nichts falscher als das. Alle, die Statistiken machen, haben für sich diesen Index längst gefunden. Der eine baut die Quantitäten, die er zugrunde legt, auf die Rationen eines Marinesoldaten auf, der andere auf die Rationen und wieder andere auf den wirklichen Durchschnittsverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie. Zu den letzteren gehöre auch ich.

Als die Kriegsjahre trotz der Steigerung der Preise die Führung von Lohnbewegungen immer schwieriger gestalteten und die Lebensmittel immer scharfer rationiert wurden, benutzte ich im Jahre 1918 die Rationierung dazu, um in den größten Städten Deutschlands Teuerungsziffern festzustellen. Für die nicht rationierten Lebensmittel schrieb ich auf Grund meiner Erfahrungen in der eigenen Familie die Mengen der Lebensmittel vor und erreichte so eine einheitliche Unterlage. Diese Statistik wurde später immer mehr ausgebaut und leistete bei den Lohnbewegungen im Kölner Industriegebiet gute Dienste. Als ich sie später als Beigeordneter der Stadt Köln fortsetzte und die Löhne der errechneten Indexziffer immer näher kamen, machten die Gewerkschaften aller drei Richtungen eine neue Statistik. Wenige Monate später trat ich unter Mitwirkung des Kölner Statistischen Amtes mit den Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Prüfung zusammen und wir einigten uns über die Mengen an Lebensmitteln, Kleidungsstücken und dergleichen, die der Statistik als Unterlage dienen sollten. Es wurde alles bis in das Kleinste spezialisiert und nur das aufgenommen, was man als Mindestmaß einer Familie zugestehen muß. Die so gewonnene Aufstellung wurde in allen Zeitungen Kölns zur öffentlichen Diskussion gestellt und dann zur monatlichen Preisfeststellung benutzt. In 34 Polizeibezirken gehen jeden Monat an dem Nachttag der Reichsstatistik Beamte rum und stellen die Preise in den Geschäften fest. Es ist dieses sehr leicht, weil eine englische Verordnung besteht, daß bei allen ausgestellten Waren auch der Preis stehen muß.

Die Statistik zerfällt in fünf Abteilungen: Lebensmittel, Reinigung, Heizung und Beleuchtung; Miete für zwei Zimmer und Küche; Bekleidung und Wäsche; Steuern, Versicherungen, Partei- und Gewerkschaftsbeiträge, Zeitungen usw. Die errechneten Indexziffern waren im Oktober 1921 für eine vierköpfige Familie die Woche 484,15 M., im November 604,84 M., im Dezember 680,26 M., im Januar 725,06 M. und im laufenden Monat Februar 850,24 M. Warum soll es unter praktischen Menschen nicht möglich sein, sich bezirksweise unter Berücksichtigung der Lebenswohnhheiten über die zugrunde zu legenden Lebensmittelmengen zu einigen? Ein großer Teil Lebensmittel und ganz besonders andere Artikel werden für ganz Deutschland dieselben sein. Ja, die Lebensgewohnheiten der einzelnen sind aber verschieden. Richtig! Es sind Durchschnittsmengen und Zahlen und werden selbstverständlich nicht für alle passen. Der Lohn von heute paßt ja auch nicht für alle. Sicher ist, daß ein so errechneter Lohn als Unterlage dienen kann, um die Entlohnung nach der Familienkopffzahl gerechter zu gestalten als heute. Daß die Leistungen und die Verantwortung des einzelnen gewürdigt werden müssen, versteht sich von selbst, denn sonst würde die Arbeitsfreudigkeit untergraben.

Angenommen, man würde sich über die Durchführung des Existenzlohnes nicht überall einigen, so würde es sich doch lohnen, die errechnete Teuerungsziffer von Monat zu Monat dazu zu benutzen, um den Auf- und Abbau der Löhne und Gehälter zu regulieren. Ohne daß man es offiziell will, geschieht es heute schon. Der Kampf um die jeweilige Erhöhung der Löhne war bisher schon kein erfreulicher, wie wird er erst werden, wenn es heißt Abbauen? Arbeitsminister Brauns

Vergeßt nicht, unsere heutigen Versammlungen zu besuchen!

lagt in seinem Artikel, dieses automatische Steigen der Löhne und Gehälter wird wertvolle Hemmungen gegen die Preis-erhöhungen beseitigen. Das trifft nur ganz bedingt zu, denn die Preisbildung wird von anderen Faktoren wesentlich stärker beeinflusst. Hingzu kommt ja auch, daß die Lohnerhöhungen bisher und auf Grund der Indeziffern auch in Zukunft hinter der Preiserhöhung herkommen. Eine andere Frage, die viel mehr zu beherzigen ist, ist die, sollen beim Fallen der Preise auch sofort die Löhne sinken? Den Kölner städtischen Arbeitern, bei denen jede 10 Pf. Lohnerhöhung für die Stadt drei Millionen Mark ausmacht, habe ich gesagt, nein. Man muß sich vorher darüber verständigen, wann und in welcher Höhe die erste Herabsetzung der Löhne eintreten soll. Eine Herabsetzung erst nach fünf bis sechs Monaten eintreten zu lassen, halte ich nicht für praktisch, sondern man muß sich darüber einigen, ob man nach einem Fallen der Indeziffern von 10, 20 oder mehr Prozent die erste Herabsetzung der Löhne eintreten läßt. Nach meinem Dafürhalten braucht man nicht kleinlich zu sein, wenn man bedenkt, welcher Schaden heute entsteht, wo dauernd in ganz Deutschland von unzähligen Unterhändlern, Schiedsrichtern usw. über die jeweilige Lohnerhöhung verhandelt wird. Spähen sich die Verhandlungen zu, so wirkt es sofort auf die Arbeiter und Beamtenchaft und die Arbeitsfreudigkeit läßt, aus sehr begründlichen Gründen, nach. Dieser Schaden vermehrt sich durch die Arbeitsniederlegungen, die durch dieselben Ursachen entstehen, um noch bedeutendes.

Der Einwand, das Steigen und Fallen der Preise ist nicht allein vom Steigen und Fallen der Preise, sondern sehr viel von der jeweiligen Konjunktur abhängig, ist der bedeutendste. Es wird Berufe und Industrien geben, die auch beim besten Willen nicht in der Lage sind, den allgemeinen Preissteigerungen mit den Löhnen zu folgen. Aber auch in solchen Fällen sind die Teuerungsunterlagen zu den Verhandlungen gut zu gebrauchen und werden heute schon gebraucht. Da man bei den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben diese Konjunkturschwankungen im allgemeinen nicht hat, so wäre es für sie die erste Pflicht, zu einer gleichenden Skala zu kommen. Damit würde bei ungefähr 4 bis 5 Millionen Menschen das System ausprobiert, ohne Gefahr für die Arbeiter und Gewerkschaften, denn der Einfluß der Arbeiter ist durch ihre politischen Betretungen in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben wesentlich stärker als in den Privatbetrieben.

Zum Schluß noch etwas zu dem Hauptgrund der Ablehnung. Die Gewerkschaften könnten auf den Einfluß auf die Arbeiter und damit auf Mitglieder verlieren. Jeder Gewerkschaftsführer wird schon unzählige Male in seinem Leben die fortwährenden Lohnbewegungen zum Teufel gewünscht haben und mit ihnen diejenigen Mitglieder, die die Gewerkschaften nur als eine Lohnbewegungsmaschine betrachten. Ein Zeichen, daß er der Meinung ist, daß die Gewerkschaften doch auch noch viele andere Aufgaben haben. Durch die mehr selbständige Regelung der Löhne würden unzählige Gewerkschaftsführer mehr frei, um sich selbst und die Mitglieder zu bilden. Ein großer Vorteil für unsere Bewegung in einer Zeit, wo wir nach Kräften streben, um die Verwaltungen zu demokratisieren, die Köpfe und das Herz der Arbeiter zu sozialisieren. Also, große Vorteile für unsere Wirtschaft und große Vorteile für unsere Bewegung und damit für den Sozialismus.

Kampf um den Reichspräsidenten.

Die schwerindustriell-volksparteiliche Presse möchte jetzt die Reichspräsidentenwahl „ins Rollen“ bringen. Das macht sie so, daß sie die gestrige klare Erklärung der Reichsregierung beiseite schiebt und „annimmt“, „es besteht offenbar in den Kreisen um Wirth Reigung, die Angelegenheit bis zum Herbst hinauszuschleppen“. So steht es wirklich in der „Täglichen Rundschau“. Der „Lokal-Anzeiger“ betont mit Bewußtseinslosigkeit, daß Genosse Ebert, wie ja auch aus seinem, von uns gestern veröffentlichten Brief hervorgeht, die Regierung schon im Oktober vorigen Jahres gebeten habe, den Tag für die Neuwahl zu bestimmen. Mit erleichterndem Aufatmen wird konstatiert, daß die kürzlich drohende Reichstagsauflösung am deutschen Volk vorübergegangen sei.

Wie ein Mensch geboren wird.

Von Artur Zidler.

Regenschauer peitschen die Straße hinunter. Der Sturm fährt in Stößen dazwischen und vollführt mit den Saalöffnen der Mietkasernen einen höllischen Wärm. Jedesmal schreien die Straßenschilder zusammen und schlagen wie irre Vögel mit den Schattenschlägen.

Dieser schlägt die Haustür zu und rennt in das Bett hinein. Wie mit Eimern gegossen klatscht es gegen ihn an. Er sucht durch die frierenden Zähne und läßt, was er kann, um das halbe Häufchen. Die Hebamme hat eine Nachtglocke. Er klingelt und wartet. Schaut nach dem ersten Stoß, wo die Donna wohnt. Nichts rührt sich. Schließlich klopft ein Fenster im Erdgeschoß auf. Ein spitzes Altweibergefläch läßt sich vernehmen: „Die Alte ist oben, ich weiß es ganz genau. Die Alte ist doch zu faul... Immer feste Klingeln, das hilft.“

Dieser nimmt ein Stück Streichholz und klemmt es an den Klingelknopf. Er hört, wie oben unentwegt die Klingel strit. Blödsinnig ist Ruhe. „Das was hat abgestellt“, knirscht er. Jetzt packt ihn die Wut, er langt sich Schotter aus dem Kaminstein und schmeißt nach den Fenstern. Während prasseln die Splitter aufs Pfaster. Oben wird es hell und lautes Keifen ist vernnehmbar. Ein Nachthemd lehnt sich schimpfend heraus. „Kommen Sie runter, aber daki, sonst gehen die anderen Scheiben auch noch hops.“

Nach drei Minuten ist sie unten. Der Regen hat etwas nachgelassen. Sogar ein Schupmann hat sich herausgewagt und beschämt eine Laterne. In der Stube ist die Lampe ausgegangen. Der blaue Lichtstrahl eines Spirituskochers, über dem ein Topf Wasser kocht, vertritt dürrig die Konturen des Raumes. Maria wälzt sich und stöhnt im Liegen. Josef, bis auf die Haut durchnäßt, sucht nach dem Petroleum, zündet die Lampe an, räumt Gefäße und Lieder heran und muntert das Feuer im Ofen auf, während die Hebamme mit der Verdrossenheit des Gewohnen ihre Arbeit beginnt. Während das Schreien der Frau und ihr Winden immer verzweifelter wird, geht er an einen stillen Ort und legt die Stirn in die Hände. Wie er zurückkommt, ist es ruhig geworden. Maria sieht ihn lächelnd an. Die weiße Frau plant ein salziges Etwas im warmen Wasser ab. Nachdem alles am Ende und die Helferin gegangen ist, bläst Josef in den Lampenzylinder und sinkt neben das Bett. Wie lange er so schläft, weiß er nicht, aber als er aufschrikt und die Fensterläden hochzieht, graut draußen der Tag.

So wird zwischen Abend und Morgen ein neuer Mensch.
(Aus einem demnächst erscheinenden Roman „Der Mann im Morgen“.)

Ein Schinkel-Rauch-Museum. Die Ausstellung aus Alt- und Neu-Berlin hat die Aufmerksamkeit wiederum auf den Plan gelenkt, im Charlottenburger Hochschulviertel an der Hardenbergstraße Schinkel und Rauch ein eigenes Museum zu widmen. Wie wir bereits ist vorgelesen, auf das im Rohbau fertiggestellte Rauch-Museum in der Mitte einen Aufbau aufzusetzen. In diesem Ober-Raum soll die jetzt in der Charlottenburger Technischen Hochschule

„So aber wird das Wahlinteresse des deutschen Volkes in diesem Jahre hoffentlich nicht anderweitig in Anspruch genommen, und die Verfassung wird endlich auch in diesem Punkt auf die Probe gestellt werden können. Ein Experiment, vor dem manchen Vätern des Wertes von Weimar heute insgeheim zu grauen scheint. Einmal wegen der wohl unausbleiblichen Auswühlung der Volksleidenchaften, dann aber auch wegen der unabsehbaren Schwierigkeiten, die die Kandidatenfrage den Parteien bereiten dürfte.“

Der „Lokal-Anzeiger“ meint wohl mit den Schwierigkeiten, die bei der Kandidatenaufstellung eintreten werden, die kommende Kandidatenfrage der Rechtsparteien. Die Konflaven der Hergt und Stresemann werden uns demnach manche heilere Stunde bereiten.

Wir können nur sagen, daß uns vor dieser Probe auf die Weimarer Verfassung nicht im mindesten graut. Im Gegenteil, wir freuen uns auf die Gelegenheit, die Deutsch-nationales in Wahrung der Verfassung von Weimar einen Kandidaten für den Präsidentenposten der Republik aufstellen zu sehen.

Das „B. L.“ meint überdies:

Daß diese Reichstagsdebatte heute von einigen Organen der Rechten zu Angriffen gegen die Person des jetzigen Reichspräsidenten benutzt wird, ist um so auffälliger, als selbst der deutsch-nationale Redner gestern betonte, daß die Art und Weise, wie der Reichspräsident die Pflichten erfüllt, die durch sein Amt in bezug auf äußere Aufwendungen für die Vertretung des Reichs ihm auferlegt sind, durchaus keinen Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen gegeben hat. Darüber hinaus muß betont werden, daß die Amtsführung des Reichspräsidenten Ebert im ganzen, auch soweit sie nicht in die Öffentlichkeit trat, weit über die Kreise seiner Parteifreunde und der Koalitionsparteien hinaus begründete Anerkennung gefunden hat.

Nach deutlicher sprechen das die „Frankfurter Nachrichten“ aus. Sie schreiben:

... daß die Berechnung des Reichskanzlers, die Wahl werde nach den Wünschen des jetzigen Regierungsblochs ausfallen, sich darauf gründen könnte, daß auf Seiten der bürgerlichen Parteien gegen den jetzigen Reichspräsidenten kaum jemals eine ernsthafte Kampagne eingeleitet worden ist. Das hat zum großen Teil seinen Grund darin, daß Ebert zu einer ernsthaften Bewegung keinen Anlaß gegeben hat. Andererseits ist zu bedenken, daß bis jetzt zwischen den bürgerlichen Gruppen eine auch nur nennenswerte Einigung über einen Kandidaten für die Präsidentschaft nicht hat erzielt werden können.

Betont sei auf verschiedene Bemerkungen der Rechtspresse hin ausdrücklich, daß in unseren Reihen n i e m a n d so verrückt ist, der Deutschen Volkspartei auf dem Umweg über die Präsidentschaftwahl ein Hintertürchen, durch das sie so gern in die Regierung herein möchte, zu öffnen. Im übrigen sehen wir der Neuwahl des Reichspräsidenten ohne Aufregung entgegen.

Ernährungskatastrophe in Bayern.

Bayern, die südbliche agrarische Ecke des Reiches, das Land, in dem im Vergleich zu den nord- und mitteldeutschen Industriegebieten die Volksernährung bis zur Stunde einigermaßen gemessert werden konnte, wird augenblicklich von einer unerhörten Teuerungswelle heimgesucht, die auf die kommende Fremden-Hochsaison, die Wädhener „Gewerbekasse“ und die „Oberammergauer Passionsspiele“ zurückzuführen ist.

Diese beiden Veranstaltungen zusammen mit dem Sommer und Winter währenden Praxerleben der deutschen „besitzenden Klasse“ in den oberbayerischen Kurorten haben auf dem Ernährungs- und Wohnungsmarkt eine Hochkonjunktur geschaffen, der gegenüber die bayerische Land- und Industriearbeiterchaft mit ihrer gegen norddeutsche Verhältnisse bedeutend zurückstehenden Entlohnung förmlich der Verelendung preisgegeben ist. Die Lebensmittel werden bereits jetzt im bayerischen Hochland in wahren Depots angehäuft, Lastwagen zur Personenbeförderung nach Oberammergau bereitgestellt. Die Arbeiter werden ausquartiert, um Fremden-

wohnungen zu schaffen, Lebensmittel nur mehr zu „Saffon“-Preisen unter Zugrundelegung des Dollar-Kurses (!) verabreicht. Große Posten von Konsumgüterlebensmitteln werden unter Kriegsergebnissen der Spekulationen im freien Handel eingeführt, ohne daß die Regierung einen Finger rührt, der kommenden Katastrophe irgendwie Einhalt zu tun. Sie könnte es ja auch nicht tun, da der geringste Versuch in dieser Richtung die agrarische Landtagsmehrheit auf den Plan rufen würde.

Eine Funktionärerversammlung der bayerischen Gewerkschaften nahm nun unter Beteiligung der sozialistischen Parteien, der Konsumvereine und des Verbraucherbundes Stellung zu der bevorstehenden Ernährungs-katastrophe in Bayern. Der Referent ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die bayerische Arbeiterschaft in der Verteilung dieser drohenden Gefahr ganz auf sich allein angewiesen sei. Mit ernstlichen Worten warnte er vor der Praxerei, die im bayerischen Oberland demnächst zu erwarten sei. Wenn dort gefressen und geschlemmt werde, so sei es sehr die Frage, ob dies die bayerischen Holz- und Bergarbeiter ruhig ertragen würden. Die Bergarbeiter haben bereits beschloffen, angehts solchen Treibens nicht in die Gruben zu fahren.

Die Debatte nahm stellenweise stürmischen Charakter an. Der Ruf nach dem Generalstreik und nach Zwangsmahnahmen gegenüber der Regierung wurde immer energischer erhoben. Der offene Kampf mit der Bauernregierung, deren Funktionäre selbst zum Steuerstreik aufrufen, wurde mit aller Entschiedenheit verlangt. Schließlich gelang es dem Genossen Auer, die erregten Gemüter zu beruhigen. Er führte aus, die Ernährungsfrage sei eine Wachfrage. Auch die bevorstehende Krise sei nur mit parlamentarischen Mitteln zu lösen. Das Argument von dem Griff an die Gurgel des Staates werde der bayerischen Landwirtschaft ebenso schlecht bekommen, wie der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner.

Schließlich einigte man sich auf eine Resolution, welche an die Regierung folgende Forderungen stellte: Bekämpfung des Lebensmittelwuchers durch Bucherabwehrstellen in Verbindung mit Kommissionen von Erzeugern und Verbrauchern. Verteilung der Lebensmittel durch Einkaufsgenossenschaften. Erhebung von Saluotabgaben und sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Seltene Bettgenossen.

Kommunisten, Unternehmer und Deutsch-nationale.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ verteidigt die Klassenjustiz durch Angriffe auf Ebert und Scheidemann. Die Ausnahmegerichte habe Ebert eingesetzt, die Amnestie der Rapp-Rebellen habe die Koalitionregierung beschlossen, und in der Verfolgung der Mörder und Schieber verfolge der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit. Die „Rote Fahne“ übernimmt diese Verteidigung der Klassenrichter und schließt sich ihr an. Zur Sache ist einfach zu sagen, daß die Amnestie auf Drängen der Kommunisten beschlossen werden mußte, weil eben die Richter nur ausländische Arbeiter und keine Rapp-Rebellen verurteilten, daß die Verfolgung der Mörder und Schieber Sache der Staatsanwaltschaft und nicht einer politischen Informationsstelle ist, und daß die von Ebert eingesetzten Sondergerichte — natürlich handelt der Präsident nicht auf eigene Verantwortung, sondern unter Verantwortung des Kabinetts — so ungeheuerliche Urteile gefällt haben, daß der Reichspräsident von seinem Be-gn a d i g u n g s r e c h t in allerweitem Umfang Gebrauch machen mußte. Aber nicht dieses Sachliche ist entscheidend, sondern die Tatsache, daß die „Rote Fahne“ Arm in Arm mit den Deutsch-nationalen die Klassenjustiz verteidigt.

In derselben Nummer der „Roten Fahne“ wird über einen Beschluß der Unternehmerverbände berichtet, wonach diese unbedingt die Förderung der Gewerkschaften ablehnen, die Vorteile der Tarifverträge nur denen zugute kommen zu lassen, die in den vertragsschließenden Organisationen für diese Erwerbschaften mitgekämpft haben. Die „Rote Fahne“ stellt sich in dieser Frage auf den Standpunkt des Unternehmertums gegen die Gewerkschaften. Im Interesse der Unorganisierten und der Sozialisten bekämpft sie die Forderungen des Bergarbeiterverbandes und fordert ihre Zurückziehung. Arbeitgeberverbände und „Rote Fahne“ Arm in Arm gegen das Verlangen sämtlicher gewerkschaftlich organisierter Bergarbeiter!

versteckte Schinkel-Sammlung untergebracht werden, zugleich mit den Zeitgenossen und Nachfolgern des Meisters, mit den Berken der Gilly, Strauß, Stüler, Perles, ferner die besten der in der Hochschule aufbewahrten neueren Architekturmodelle und die baugeschichtliche Callenbach-Sammlung von Baummodellen aus alter Zeit. Im Unterstok des Museums wird die jetzt im Rauch-Museum in der Klosterstraße, das im nächsten Jahre geräumt sein muß, nicht sehr würdig aufgestellte Sammlung der Werke Rauchs untergebracht werden, einschließlich der Serie von Lehrmitteln, die Rauch für den Anschauungsunterricht der jungen Künstler begründet hat und die bis jetzt auf dem Dachboden unzugänglich war. Dazu werden hier die großen Vorgänger und Zeitgenossen Rauchs aus der Berliner Bildhauerschule gezeigt werden, vor allem Gottfried Schadow und Friedrich Tieck. Für die Architekten der Hochschule wird eine Klasse für Architekturplastik im Antikenpalast der benachbarten Hochschule für bildende Kunst eingerichtet, wo sie in Gemeinschaft mit den Plastikern der Kunsthochschule ihre Ausbildung erhalten sollen. Zum Zwecke des Museumsbaus wird die unbewohnbar gemordene und vom Schwamm durchsetzte, einst über verdrängte Villa Sternberg an der Ecke der Berliner Straße und der Kurfürstendamm endlich abgebrochen, ihre Materialien werden für das Museum Verwendet werden und der Platz am Rnie kann dann endlich reguliert werden.

Erhaltung einer gefährdeten Kunststätte. Die Holzschnitzschule in Warmbrunn im Riesengebirge, die unter Leitung des kürzlich an die Kunstgewerbeschule nach Flensburg abgewanderten Professors Hüttner zur künstlerischen Hebung der im Gebirge heimischen Holzschneiderei viel beigetragen hat, stand unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Staat und Gemeinde konnten oder wollten die Kosten nicht mehr tragen. Nunmehr hat, wie uns aus Hirschberg gemeldet wird, der Hirschberger Kreistag beschlossen, vom 1. April ab die Anstalt zu übernehmen und weiter zu betreiben. Die Leitung wird dem Holzbildhauer Prof. dell'Antonio übertragen werden. Der Unterricht erfolgt in vier Klassen für figürliche Schnitzerei und eine Tischlerklasse. Die sozialen Einrichtungen für die Schüler, namentlich was Unterkunft und Verpflegung betrifft, sollen weiter ausgebaut werden. Zu diesem Zweck ist die Gründung eines besonderen Vereins zur Unterstützung der Holzschneiderschüler geplant. Anmeldungen von Schülern für das Ostern beginnende neue Schuljahr sind an die Holzschneiderschule in Warmbrunn zu richten.

Die Wüste als Kulturland. Seit die Engländer sich in Karthum festgesetzt haben, sind viele Hunderte von Kilometern Wüste im Sudan zu Kulturland umgewandelt worden. Die primitiven Bewässerungsmethoden des Nillandes wurden auf wissenschaftlicher Grundlage verbessert, und so hat man von Jahr zu Jahr immer mehr fruchtbares Land geschaffen, die Wüste mehr und mehr zurückgedrängt. Mit die wichtigste Arbeit bei dieser Fruchtbarmachung der Wüste leisten die Laboratorien des Gordon-College in Karthum, in denen Gelehrte die besten Literaten und Pflanzen herausuchen, die unter den vorhandenen Bedingungen in diesen Gebieten leben und sich ausbreiten können. Der neueste Erfolg dieser Art ist mit der Ansiedlung der Seidenraupe gemacht worden. An den Ufern des Nils und vielfach auch in der Wüste selbst wächst die Rizinuspflanze in wildem Zustand. Obwohl diese Pflanze die

bekanntesten Eigenschaften des Rizinus besitzt, gibt sie doch nicht genug Öl, als daß seine Gewinnung im Wettbewerb mit der ostindischen Produktion gewinnbringend wäre. Man weiß nun, daß eine Art der Seidenraupe, Attacus ricini, sich von diesen Pflanzen nährt. Die große schöne Raupe verfertigt eine sehr kräftige Seide, die zwar nicht so fein ist wie die des Bombyx mori, von dem die beste Seide kommt, aber sich doch zu den verschiedensten Zwecken sehr gut verwenden läßt. Man hat nun große Mengen von Eiern dieser Raupe nach dem Sudan eingeführt und mit der Züchtung gute Erfahrungen gemacht, so daß die Hoffnung besteht, in der Wüste hier eine reiche Seidenraupenzucht zu entfalten.

Klaffe für Kirchenbesuch. In den Kreisen der englischen Geistlichkeit wird gegenwärtig eifrig die Frage behandelt, ob sich die Kirche all jener modernen Klaffen- und Propagandamittel bedienen darf, die die Geschäftswelt herausgebildet hat. In den Vereinigten Staaten ist man ja in dieser Beziehung bereits bis an die äußerste Grenze gegangen und hat in den verschiedenen „Kommun zur Kirche“, Feldzügen mit Flugblättern, Handzetteln, Plakaten und riesigen Zeitungsannoncen gearbeitet. Es gibt Geistliche in England, die diese amerikanischen Methoden ebenfalls anwenden wollen, um das Publikum wieder mehr zum Kirchenbesuch zu veranlassen und mit den Klaffen und Vergnügungstakalen, die die Massen an sich fesseln, in Konkurrenz zu treten. Die „imere Mission“ der englischen Kirche hat während des Krieges mehrere Millionen Flugblätter verteilt und damit große Erfolge gehabt. Der größere Teil der englischen Geistlichen wendet sich aber gegen diese allzu marktschreierischen Mittel, zumal die Zeitungsanzeigen gewaltige Summen verschlingen, und ist der Ansicht, daß die Werbung für den Kirchenbesuch in den Missions- und Pfarreiblättern vor sich gehen sollte.

Ein schwieriges Problem. In Braunschweig tagte vor kurzem die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins. Mit großer Mehrheit nahm sie folgenden Antrag an: „Die Frau eignet sich nicht zur Anwaltschaft oder zum Richteramt; ihre Zulassung würde daher zu einer Schwächung der Rechtspflege führen und ist aus diesen Gründen abzulehnen.“ Es war die höchste Zeit, das auszusprechen. Wir stehen vor einer Reform des Ehescheidungsrechts. Das könnte ja nett werden, wenn sich in einem Ehescheidungsprozess die Frau einen weiblichen Anwalt nehmen könnte. Die Interessen einer Ehefrau kann natürlich nur ein Mann vertreten. Was nun die Eignung der Frau zum Richteramt betrifft, stehen wir vor einer bogenen Frage. Der Fall Raehne zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie weit unsere Rechtspflege bereits gefährdet ist. Trotz ihrer lebenswürdigen Eigenschaften wird die hochachtbare Familie ständig von Automobilitäten, Pilzfuchern und Kindern bedroht. Den Arbeiter Notiert überläßt herr v. Raehne mit einer Säge unter dem Arm. Nur seiner Geistesgegenwart war es zu verdanken, daß er und seine Angehörigen nicht ein beklagenswertes Opfer dieses grausigen Nordinstruments geworden sind. Er streifte den gefährlichen Wuchsen durch einen wohhabelten Schuß durch die Brust nieder. Die Staatsanwaltschaft hätte jetzt sofort eingreifen müssen. Aber sie blieb untätig. Auf die energischen Vorstellungen der Presse wurde sie aus ihrer lethargie geweckt, aber bis zu dieser Stunde hat sie den entscheidenden Schritt nicht ge-

Kunst- und Schuldebatte im Landtag.

Der Preussische Landtag setzte am Donnerstag die Besprechung über den Kultusetat beim Abschnitt Kunst fort. Die Natur des Gegenstandes brachte einen verhältnismäßig friedlichen Verlauf der Aussprache mit sich. Von sozialdemokratischer Seite sprach zunächst die Abgeordnete Frau D e s t e r r e i c h e r. Sie verlangte namentlich, daß die Denkmäler barbarischer Inkultur, die uns Wilhelm's Geschmacklosigkeit besetzt hat, möglichst bald verschwinden. Weiter trat Genossin D e s t e r r e i c h e r dafür ein, daß die Museen in weite-rem Maße der Volksbildung nutzbar gemacht werden. Die Schüler müssen mehr in die Museen geführt, den kunst-hungrigen Massen muß Tor und Tür geöffnet werden. Nach-dem unabhängige Abgeordnete W a l d e r - M a n a s s e beherzigenswerte Worte über die Not der jungen Schriftsteller gesprochen hatte, trugen in der Einzelberatung unsere Genossen H a e n i s c h, W a e n t i g und S c h o l i c h noch besondere Wünsche vor, namentlich trat Haenisch für den Ausbau der Kunstakademie in Düsseldorf, Waentig für die Erhöhung der Summe für Neuankäufe der Nationalgalerie sowie für Er-höhung der Beihilfen für Künstler und Schriftsteller, Scholich für die Förderung der Breslauer Kunstakademie ein.

Zwischendurch wurde das Gesetz über die Verstaatlichung der Polizei in Rheinland-Westfalen in zweiter und dritter Lesung gegen den Widerspruch der äußersten Linken angenommen. Dabei gab es einige Zwischenfälle, als der kommunistische Redner zu diesem Punkt auch den Fall R a e h n e und die Auslieferung der Mörder D a t o s behandeln wollte, moran er vom Vizepräsidenten Dr. G a r n i c h verhindert wurde.

Dann wurde die Besprechung des Kultusetats beim Ab-schnitt Höhere Lehranstalten usw. fortgesetzt. Als Rednerin der Sozialdemokratie verlangte die Genossin Frau Jensen Verstärkung des weiblichen Einflusses an den höheren Lehranstalten und gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Weiter trat Genossin Jensen für die Aufbauschulen ein, die nicht einseitig nach dem Gymnasialtypus eingerichtet werden dürfen. Viel zu wenig wird auch das Ver-ständnis für fremde Volkskulturen geweckt. Der Schüler muß sich seine Fächer mehr als bisher selber wählen können. Es genügt durchaus, wenn nur die Hälfte der Fächer Pflicht-fächer sind. Auch die Reifeprüfung ist überlebt. Vor allem aber müssen die höheren Lehranstalten ihren Charakter als Standeschulen verlieren.

Die Debatte wird am Freitag um 12 Uhr fortgesetzt.

Der Fall Hermes.

Im Untersuchungsausschuss des Reichstages gegen den Reichsminister Dr. Hermes über die bekannte Affäre der An-schaffung eines Dienstautomobils wurden am Donnerstag als Zeugen Regierungsrat Funke, Geheimrat Augustin und Ministerialrat Dr. Heutkamp vernommen. Bei den feinerzeitigen Verhandlungen im Hauptauschuss über diese Angelegenheit war von der Regierung behauptet worden, daß die bereits erfolgte Anschaffung des zweiten Autos und der Möbel vom Ministerialrat Dr. Heutkamp dem Finanzministerium gegenüber verschwiegen worden sei. Es wurde damit der Eindruck erweckt, als ob nicht Hermes, sondern Heutkamp der Schuldige sei. Heute wurde nun festgestellt, daß Heutkamp in einer Denkschrift, die er unmittelbar nach der Sitzung des Haupt-ausschusses an den Vorsitzenden habe richten wollen, klar nachge-wiesen habe, daß er dem Finanzministerium die bereits erfolgte An-schaffung ausdrücklich mitgeteilt habe. Die Entsendung der Denkschrift wurde aber von Hermes verhindert, der davon eine neue Erörterung des Falles befürchtete. — Die Stellung-nahme des Ausschusses hierzu und die Fertigstellung des Berichtes soll in einer späteren Sitzung erfolgen.

Im Preussischen Staatsrat teilte der Präsident den Austritt der Staatratsmitglieder Schölffer und Herbst aus der Kom-munisten-Fraktion mit. Die Kommunisten-Fraktion zählt nunmehr noch 1 Mitglied.

wagt. Der Arbeiter Richter ist bis heute noch nicht verhaftet. Das ist ein Skandal. Damit ist bewiesen, daß sich auch Männer nicht zu Richtern eignen. Was für eine Gattung soll nun eigentlich Richter spielen? H. K.

Neudeutsches Volkslied.

Warum der Mensch wohl leidet?
Doch er den Reichstag wählt?
Doch er sich um die Steuern quält?
Weil er am Dasein leidet?
Ei warum? Ei darum?
Ei bloß wegen der Tschingderassa-bumberassafal!

Warum wir Reichswehr hean?
Damit den ganzen Keit,
damit das schöne Defizit
uns niemand mausen kann?
Ei warum? Ei darum?
Ei bloß wegen der Tschingderassa-bumberassafal!

Warum mit seinem Schrot
der edle Roehne schießt,
wenn einer frische Luft genießt?
Woß aus der Wehr der Rot?
Ei warum? Ei darum?
Ei bloß wegen der Tschingderassa-bumberassafal!

Warum das Strefeweib
Regierung stürzen tut?
Vielleicht aus Neid, vielleicht aus Mut?
Oder aus Zeitvertreib?
Ei warum? Ei darum?
Ei bloß wegen der Tschingderassa-bumberassafal!

Warum wohl dies Gedicht?
Weil gestern Mittwoch war?
Weil knäppelndes Honoeur
das Stöcklein mir verspricht?
Ei warum? Ei darum?
Ei bloß wegen der Tschingderassa-bumberassafal!

P a u l s e n.

Musenausführungen. Am Sonntag, den 26. 24. Uhr, finden wissen-schaftliche Redaktionen durch Diebstahlbeamte im Kaiser-Friedrich-Museum (Tajen und Lingrelto) und im Litten Museum (Münische Bildwerke) statt. Zulasskarten (1 R.) sind vor Beginn der Führungen am Eingang der Museen erhältlich.

Goethe-Bühne nennt sich eine neue Berliner Theatergründung. Sie wird die Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen, literarischen Vorträgen und die Pflege volkstümlicher Kunst plant. Sie soll Mitte September unter der Direktion von Otto Peterson in einem Saal der Klosterstraße eröffnet werden.

Beginn der neuen Monat-Expedition. Die aus Rom abgebrachte Expedition wird, als der Leiter der neuen Monat-Expedition, General Bruns, dort eingetroffen, um die Vorbereitungen für die Expedition zum Nijl zu tätigen. Am 24. März wird die Expedition in Darjeeling ver-lassen. Der Zweck ist bekanntlich die Erkundung des höchsten Berges der Welt, während die erste Expedition nur die Erkundung der Annapurna- und Befähigungsmöglichkeiten zum Segenlande betra.

Reichspolitik — Genua — Streiks.

Die gestern abend vom Bezirksverband Berlin der Sozialdemo-krautischen Partei veranstaltete öffentliche Volksversammlung im Schutzhelms-Ausgang in der Hasenheide füllte den Riesenaal bald bis auf den letzten Platz an. Das Referat über: „Reichs-politik — Genua — Streiks“ hatte der Landtagsabgeordnete Genosse Hellmann übernommen. Er führte u. a. das Folgende aus:

Die drei großen politischen Ereignisse der letzten Tage waren die Steuerfrage, der große Streik der Eisenbahner und der Streik der Berliner Gemeindearbeiter und das dritte der heftige Ansturm gegen die Regierung Wirth. Die Steuerpolitik, die zurzeit getrieben wird, ist gar nicht zu verstehen ohne die Außen-politik und den Ausblick auf die Konferenz von Genua. Eine Ge-waltspolitik, eine Politik des Troges gegen die Entente wäre Wahnsinn. Die Raserei und das tob-süchtige Umsichschlagen gegen den Versailles-Vertrag überlassen wir den alten ausranzierten Generalen und den Deutschnationalen. (Stürmischer Beifall.) Welches Ziel und welche Aussicht hat die Politik der Unterwerfung? Wir leben mit Bestimmtheit voraus, daß, je länger die Rachepolitik der Sieger dauert, die Arbeiter der Siegerländer einschen werden, daß sie nicht auf ihre Kosten kommen, sondern daß das Elend, das uns trifft, auf sie zurückfällt. Die Arbeitslosigkeit ist heute in den Sieger-staaten viel, viel größer als bei uns. Das hat die Arbeiter, be-sonders in England, zum Nachdenken gebracht. England hat in diesen Wintern an Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt, als es von Deutschland erhalten hat. Daß die

Erfüllungspolitik Erfolg gehabt

hat, beweisen zwei Tatsachen: 1. Die Erhaltung des größten Teiles von Oberschlesien. 2. Als im Mai die Regierung Hebrndach er-klärte, wir können nicht zahlen, da hieß es, Marschall Foch wird dann marschieren. Jetzt in Cannes hat man Rathenau gesagt, gut, wir bewilligen auch Zahlungsausschub. Der Erfolg der Erfüllungspolitik hat das Kabinett Wirth ge-rettet. Trotz vieler Mißtrauensvoten, hatte keine Partei, den Wirth, das Kabinett zu stürzen. Obwohl die Regierungsparteien in der Minderheit waren und die Partei des Mißtrauens die Mehrheit hatte, trotzdem siegte Wirth! Was waren da alle Miß-trauensvoten, Wähnen, Kinderreien, demagogisches Getue. Seit Monaten geht der große

Steuerkampf.

100 Milliarden sind es. Ein Narr, der da glaubt, daß das nur die besitzende Klasse ausbringen könne. Selbstverständlich wollen auch wir eine bis zum äußersten angespannte Leistung der Besitzenden. Wir stehen heute noch auf dem Boden der Geld- und Sachwert-Erfassung, weil wir sie als gerecht ansehen. Bei dem Steuerkampf zeigte sich, daß das ganze Bürgertum gegen die Erfassung der Sachwerte war. Alle möglichen Ausreden mußten herhalten, um sie zum Fall zu bringen. Wir haben gesagt, ohne Erfassung der Sachwerte können wir den anderen Steuern nicht zu-stimmen. Die Bürgerlichen sagten, unter keinen Umständen stimmen wir dem zu. So mußte eben verhandelt werden. Es galt eine

Meinheit zu finden für die neuen Steuern. Die Unabhängigen stritten mit uns Seite an Seite. Aber als im entscheidenden Augen-blick von Wirth gefragt wurde, ob sie, wenn die Besitzsteuern in ihrem Sinne erledigt würden, für die Steuerreform eintreten würden, da hieß es: Ja, für die Besitzsteuern sind wir zu haben, aber die anderen lehnen wir ab. Da wandte sich Wirth an die Volkspartei und die stimmte zu mit dem Vorbehalt: aber keine Erfassung der Sach-werte. Das Steuerkompromi ist nicht ideal, ja, ich glaube, daß, wenn es bei dem Kompromiß bleibt, es nicht lange unge-ändert bleiben wird. Die Zwangsanleihe ist viel, viel schlechter als die Erfassung der Sachwerte, dazu kommt, daß die Anleihe auf Grund zurückliegender Zeit aufgenommen wird. Htten sich die Unabhängigen auf den Boden der realen Tat-sachen gestellt, dann hätten wir zwar nicht die Erfassung der Sach-werte gehabt, aber statt einer Milliarde hätten wir zwei Milliarden Zwangsanleihe bekommen.

Sollten wir es zum Wahlkampf kommen lassen?

Lebedour hat zwar in der „Freiheit“ gesagt, wir hätten bei einem Wahlkampf die besten Aussichten, aber die Zeit ist ver-paßt worden. Gerade als der Kampf der Erfassung der Sach-werte auf dem Höhepunkt war, hatten wir die Wahlen in Berlin, in Braunschweig, und leider hat die Arbeiterschaft dabei nicht gerade glänzend abgeschnitten. Wäre es also zur Auflösung gekommen, dann wäre es aller Voraussicht nach ganz anders gekommen, als Lebedour glaubt.

Die grote Masse der Arbeiterschaft ist durch die politischen Wirren so angesetzt, daß es kein Wunder ist, daß die Erfolge der sozialistischen Parteien so gering sind. Die grote Schuld trägt der Indifferentismus. Wenn wir nicht mehr aus dem Steuerkompromi herausgehen konnten, so ist das also nicht die Schuld unserer Partei.

Streik der Eisenbahnbeamten

hat sich gezeigt, daß der Reichsbund als neutrale Organisation mit dem ADGB nichts zu tun haben wollte, oder ihn wenigstens so ziem-lich ausgeschaltet hat. Es kann natürlich Momente geben, wo auch der Beamte streiken muß. Denn gegen Hunger lassen sich keine Ge-setze machen. Aber ein Streik, der ohne Zustimmung der groten Arbeitergewerkschaften geführt wird, hat keine Aussicht auf Erfolg. Ist es nicht ein Triumph für das Privatkapital, wenn die Betriebe, wie Hochbahn, Omnibusse, Elektrizität und Gaswerke, wo weit schlechtere Arbeits-bedingungen bestehen, arbeiten, und die Eigenwirtschaftsbetriebe streiken? Wir können nur vorwärtskommen, wenn endlich alle besonnenen Arbeiter zurückkehren zu der Par- tei, die heute schon fünf Sechstel der politisch geschulten Arbeiterschaft hinter sich hat und das ist die Mehrheits-sozialdemokratie. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Kommunist, der sich zum Wort gemeldet hatte, erwies sich als vollkommen unfähig. Genosse Heilmann ging in seinem Schlusswort scharf mit den Kommunisten ins Gericht und schenkte ihnen nichts. Unter stürmischem Beifall schloß der Redner, indem er aufforderte, die bürgerlichen Zeitungen aus dem Hause zu werfen und für unsere Partei zu arbeiten.

Die Erzberger-Mörder unter Horthy-Schutz.

Das deutsche Auslieferungsbegehren abgelehnt.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Schon mehrfach hat die Oeffentlichkeit zu der Verfolgung der Erzberger-Mörder Stellung genommen, ohne daß man bisher genau weiß, ob die Mordbuben Schutz und Tillessen tatsächlich in Ungarn unter Schutz gefunden haben oder nicht. Raum verlaute, daß die Mörder sich in Ungarn aufhielten, als auch schon die ungarische Re-gierung ihren Presseapparat in Bewegung setzte und Dementis des Inhalts in alle Welt hinausgeschickt, daß man von der Anwesenheit der Mordbuben nicht unterrichtet sei. Die ungarische Regierung stellte diese Behauptung wider besseres Wissen auf, Tatsache ist, daß sich Schutz und Tillessen monatelang in Budapest aufhielten und dort, reichlich mit Geldmitteln versehen, in den vornehmsten Bor-dells aus- und eingingen. Aber nicht nur das: Die ungarische Regierung hatte sogar die beiden Täter in Haft genommen, sie entlassen, aber kurze Zeit darauf trotz des Auslieferungs-begehrens der deutschen Regierung unter Aushändigung der ab-genommenen Waffen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ablehnung des Auslieferungsbegehrens wurde mit der leeren Phrase begründet, daß Deutschland den Anträgen auf Auslieferung auch nicht mehr nachkomme und erst im vergangenen Jahre die Auslieferung des Tisza-Mörders, der bekanntlich in Hamburg verhaftet wurde, ab-gelehnt habe. Statt dessen aber wurde den deutschen Polizeibeamten, die sich in Budapest aufhielten und die Mörder ver-folgt, sie aufdeckten und selbst die Verhaftung durch die ungarische Polizei veranlaßten — weder Horthy noch die Polizei in Budapest hatten sich bis dahin verpflichtet gesehen, zu einer Verhaftung zu schreiten — Kargemacht, daß sie jetzt in Budapest nichts mehr zu tun hätten und den Heimweg antreten sollten.

Das sind nackte Tatsachen, die bestehen bleiben, trotz aller Ab-leugnungsversuche von ungarischer Seite — Tatsachen, die sich ereigneten in einem Lande der angeblichen „Ordnung“, die für die deutschen Rechtsparteien musterghltig ist.

Tillessens Münchener Verbindungen.

Kritisch wird aus München laut T. L. mitgeteilt: Von den deutschen Kriminalbeamten, die in Budapest waren, wurde dort das Original eines Telegramms vom 20. Dezember 1921 be-schlagnahmt, das von dem stchtigen Tillessen geschrieben ist und an eine Münchener Persönlichkeit gerichtet war. Der Empfänger des Telegramms wurde durch den Offenburger Untersuchungsrichter wegen Verdachts der Begünstigung in Haft genommen. Bei der Durchsuchung des in Frage stehenden Hauses wurden dort mehrere Personen festgenommen und während des Tages vorläufig festgehalten. Ein Zusammenhang dieser Personen mit der Erzberger-Untersuchung ergab sich indes nicht. Die Festgehaltenen wurden daher im Laufe des Tages wieder ent-lassen.

Alle Verbindungen der Erzberger-Mörder deuten nach Mn-chen, dem Kern der „Ordnungszelle“. Aber Mischuldige finden sich dort nicht. Seltsam . . .

Die „Münchener Zeitung“ meldet: Neuerdings ist in München ein großes Aufgebot württembergischer und bdischer Polizeibeamter und Staatsanwlter erschienen, das hier ge-wissen Zusammenhängen in der Angelegenheit Erzberger nachgehen soll. — Run lade, bayerische Volksgesell!

München, 23. Februar. (T. L.) Gestern abend wurden in der Hochverratsache gegen den Saniktatrat Dr. Pittinger und Genossen mehrere vorläufige Festnahmen und Hausdurchsuchungen bei Privatpersonen, Bekntnisleuten, Offizieren und Beamten durch die Kriminalpolizei vorgenommen. Die meisten Verdächtigen konnten bereits wieder entlassen werden.

Hamburg hat als Kommission die Bürgermeister Dr. Distel und Stolten, Senator Dr. Petersen und Stadtrat Dr. Straube ernannt.

Die Reparationsdebatte in Frankreich.

Paris, 23. Februar. (T. L.) In der heutigen Kammer Sitzung wird die Debatte über das Sonderbudget für den Wiederaufbau, dessen Ausgaben von Deutschland zu erstatten sind, fort-gesetzt. Finanzminister de Lasteyrie führte aus, die Regierungspolitik in bezug auf die Reparationen sei vom Ministerpräsidenten in einer ministeriellen Erklärung feinerzeit begründet worden. Daß neue Ministerium wolle eine Politik der Realisierungen verfolgen. In London habe man durch Annahme der Pauschale mit 132 Mil-larden in eine Verminderung von etwa ein Drittel der Ansprüche an Deutschland eingewilligt. Deutschland habe nicht einen einzigen Centimen für die Befahrungstruppen be-zahlt, und Frankreich habe den Notwendigkeiten des Wiederauf-baus entsprochen. Auf diese Weise habe man dem Konto Deutsch-lands 80 Milliarden vorgezahlt. Das sei eine un-erhrte Anstrengung; niemand habe geglaubt, daß Frank-reich nach einem solchen Kriege eine derartige Anstrengung hätte auf sich nehmen können. (Beifall.) Wenn man die französische Regierungspolitik kritisiere, vergesse man, daß wenn Deutschland im Jahre 1921 die schuldigen 20 Milliarden gezahlt hätte, Frankreich davon 5 bis 6 Milliarden Goldmark oder 8 Mil-larden Franken erhalten hätte. Die Frage der Reparationen sei für Frankreich eine Lebensfrage. Er scheue sich nicht, auszusprechen, wenn Deutschland fortjhre, seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen, werde Frankreich in eine äußerst fatale Lage geraten. England be-trachte das Problem von einem anderen Standpunkte.

Das Reparationsproblem sei für England nicht vorhanden,

sondern nur das Problem des Wiederaufbaus der wirtschaftlichen Beziehungen, damit der Arbeitslosigkeit gesteuert werden könnte. Was auf die Wirtschaftslage Europas drücke, sei nicht das Repara-tionsproblem, sondern die Tatsache, daß in den Ländern Mittel-europas die Finanzen aus dem Gleichgewicht geraten seien. Deutschland habe bis jetzt wenig an Reparationen geleistet. Es befinde sich in einer schwierigen Lage, weil es keine Maßnahmen ergriffen habe, seine Finanzen wieder herzustellen. Ein Vergleich zwischen den Leistungen der Steuerzahler in den ein-zelnen Ländern sei schwierig.

Aber es sei doch die Behauptung gestattet, daß die deutschen fiskalischen Leistungen vollkommen ungenügend seien. (Beifall.) Wenn man Vergleiche ziehe, dürfe man nicht vergessen, daß man das Frankreich von vor dem Kriege nicht mit dem von heute ver-gleichen dürfe, weil Frankreichs Provinzen verwüstet seien und natürlich nicht die gleiche Steuerleistung aufbringen könnten wie ehemals.

Hg. Lardieu ruft dazwischen: Man darf nicht vergessen, daß ein Teil der deutschen Steuereinnahmen dazu verwendet wird, Privatpersonen zu subventionieren.

Der Finanzminister antwortete: Sie haben vollkommen recht. Er geht alsdann dazu über, die Befugnisse der Reparations-kommission zu besprechen, die allein die Ausführung des Versailles-Friedensvertrages zu regeln habe. Frankreich habe verschiedene Ab-kommen abgeschlossen, das Londoner, das Ganner Abkommen. Er wisse nicht, ob darüber Mißverständnisse zwischen Frankreich und England bestehen.

Der ehemalige Minister Loucheur bittet unterbrechen zu dürfen und erklärt: In London wurden die französischen Vorschläge ge-prüft; die französischen Minister haben unter kein Protokoll ihre Namen gesetzt. In Cannes haben die belgischen und italienischen Minister anerkannt, daß die von Frankreich und England unter-breiteten Vorschläge als eine außerordentlich ernsthafte Grundlage für die Erörterung hätten angesehen werden können, wenn sie ver-langten, daß die in London festgesetzte Ziffer der Geldzahlungen für das Jahr 1922 von 500 Millionen Goldmark auf 750 Millionen Goldmark heraufgesetzt würde. Das hat die französische Delegation unterstützt. Ich selbst habe am 10. Januar vorgeschlagen,

diese Ziffer auf 900 Millionen zu erhöhen.

In diesem Augenblick sind die Zwischenfälle eingetreten, die Sie kennen. Ueber den Anteil, den Frankreich im Jahre 1922 er-halten sollte, ist nicht entschieden worden. Wir wissen heute, daß die beiden Regierungen dahin berabgekommen sind, die Fran-sen der Reparationskommission zu übermitteln. Was das Abkommen vom 13. August und das Wiesbadener Abkommen anlangt, so denke ich, daß die Frage parallel verhandelt werden msige.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen den Betriebsrat im Aufsichtsrat.

Während der Beratungen des Gesetzentwurfes für die Entfaltung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat haben die Unternehmer alles versucht, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Als das Versteppungsmanöver nicht mehr weitergeführt werden konnte, waren dieselben Kreise bestrbt, die Betriebsräte nur zu bestimmten Beratungen der Aufsichtsräte zuzulassen, ihnen also die Gleichberechtigung zu verweigern. Sie glaubten weiter, das Gesetz illusorisch machen zu können, indem sie ihre bisherigen Aufsichtsräte umauften, als Verwaltungsrat usw. bezeichneten. Alle diese Angriffe sind aber schließlich gescheitert. Es ist den Gewerkschaften mit Unterstützung der sozialistischen Arbeiterparteien gelungen, die Gleichberechtigung der Betriebsräte mit den Aufsichtsräten durchzusetzen.

Wie wir nun aus Bankbeamtenkreisen erfahren, wollen die Berliner Großbanken einen neuen Vorstoß unternehmen, indem sie von der Regierung verlangen, daß das Bankgewerbe von dem neuen Gesetz ausgenommen werden soll. Sie berufen sich auf den § 73 des BtG, der besagt:

„Von der Verpflichtung der §§ 70 und 72 können Unternehmungen oder Betriebe auf ihren Antrag durch die Reichsregierung befreit werden, wenn wichtige Staatsinteressen dies erfordern.“

Der einseitige Zusammensetzung der Aufsichtsräte bei den Großbanken kennt und außerdem die internationalen neueren Verbindungen des Großkapitals, vor allem auch die starke Ueberfremdung deutscher Unternehmungen verfolgt hat, muß wissen, daß die Aufsichtsräte unserer Großbanken zu allererst ein Recht haben, sich als die Hüter der Staatsinteressen aufzufassen. Wenn die Staatsinteressen Deutschlands bei der jetzigen Zusammensetzung der Großbanken nicht gefährdet sind, dann werden sie bestimmt durch den Eintritt von 1 oder 2 Betriebsratsmitgliedern seiner Gefahr ausgesetzt sein können. Der Vorwand wird nur gemacht, um zu verschleiern, daß man die Betriebsräte nicht in das Gebaren unserer Großbanken hineinsehen lassen will. Es müßte wie eine Herausforderung für die gesamte Arbeiterbewegung wirken, wenn etwa die Reichsregierung dieser unterhördeten Scharfmacher der Großbanken nachgeben wollte.

Der Afa-Bund hat sich an den Reichsarbeitsminister, den Reichsarbeitsminister und den Reichsfinanzminister gewandt und dringend gefordert, daß die Regierung unter allen Umständen zunächst die beteiligten Arbeitnehmerkreise hören muß, bevor etwa Ausnahmeverfügungen zum Aufsichtsratsgesetz auf Grund des § 73 des BtG. erlassen werden.

Verlorenes Polemik.

Die „rote Fahne“ will unter allen Umständen aus den gestern hier besprochenen Vorgängen im Deutschen Eisenbahnerverband Kapital schlagen. Zu diesem Zweck erfolgte eine für die „rote Fahne“ ungewöhnlich fixe Berichterstattung über die Verammlung der Berliner Ortsgruppe des DGB; in der nächsten Ausgabe folgte ein umfangreicher Beirartikel und jetzt wird mit einer Polemik gegen unseren geistigen Artikel tüchtig nachgeholfen. Wir würden darauf gar nicht eingehen, wenn diese Polemik nicht wieder einmal den Beweis dafür erbrächte, daß den Kommunisten jedes Mittel recht ist, den verhassten Gegner totzumachen. So schreibt z. B. das Kommunistenblatt:

„Neben dieser nebensächlichen „Feststellung“ besteht der „Vorwärts“-Artikel in einer Reihe von offensichtlichen Unwahrheiten und einer Interpretation des Verbandsstatuts, das den „Demokraten“ im „Vorwärts“ alle Ehre macht. Der Kommunist Linke wäre ausgeschloffen worden, weil er — man höre und staune — in Magdeburg in einer Verammlung gesagt hätte: „Der DGB. müsse unter die Diktatur der kommunistischen Politik gestellt werden.“ Diesen Blödsinn glaubt sogar der „Vorwärts“ selbst nicht.“

Was tut das Fährnähnen hier? Es schimpft wie ein Rohrputz und — verschweigliche Wahrheit! Was haben wir über den Ausschluß Linkes geschrieben:

„Die Gründe, die den Vorstand veranlaßten, Linke aus dem Verbande auszuschließen, sind darin zu suchen, daß Linke unter einem falschen Namen als Referent in der Magdeburger Verammlung auftrat und dort ausgeführt hat, der Deutsche Eisenbahnerverband müsse unter die Diktatur der kommunistischen Politik gestellt werden.“

Das ist die Wahrheit, die natürlich die kommunistischen Schächeln nicht erfahren dürfen. Ein Mann, der nicht den Mut aufbringt, unter seinem echten Namen gegen die Organisation zu gehen, von der er sein Gedult bezieht, ist wert, Ehrenmitglied der Roten Gewerkschaftsinternationale zu werden, dort sitzen noch mehr solcher „Helden“, in den Reihen aufrechter Männer hat er nichts zu suchen.

Die Kriegerwitwen des Haupt-Telegraphenamts.

Den im Haupt-Telegraphenamts Berlin in der Oranienburger Straße als Helferinnen beschäftigten Kriegerwitwen ist zum 28. Februar gekündigt worden. Sie sind bereits seit drei, vier, fünf Jahren und teilweise noch länger dort beschäftigt. Als Beamtinnen konnten sie nicht übernommen werden, da sie bei der ursprünglichen Unternehmung durorgefallen sind. Infolge des anstrengenden Nachdienstes haben ihre Gesundheit natürlich gelitten. Jetzt sehen man sie einfach auf die Straße. In dem an uns gerichteten Schreiben sagen sie:

„Was sollen wir nun anfangen? Zu unseren alten Berufen, sofern wir überhaupt einen ausgeübt haben, können wir nicht zurück.“

da wir schon zu lange heraus sind und doch größtenteils lauffähig sind. Wir, die wir wirtschaftlich am schwächsten dastehen, sollen nun unserer Existenz beraubt werden, das Heer der Stellenlosen vermehren und mit unseren Kindern der Verelendung und dem Hunger preisgegeben werden, denn bei der heute noch herrschenden erheblichen Stellenlosigkeit und dem Ueberangebot von Arbeitskräften ist uns die Möglichkeit, in absehbarer Zeit einen neuen Wirkungskreis zu erlangen, genommen. Von den geringen Witwen- und Waisenrenten, die für eine Witwe mit einem schulpflichtigen Kinde zirka 300 M., oder in günstigen Fällen zirka 400 M. betragen, kann man doch nicht leben.

Unsere Entlassungen, sofern sie wirklich zur Durchführung gelangen sollten, würden aber auch mit dem von der Regierung seiner-

SPD. Heute! SPD. Öffentliche Volksversammlungen

Tagesordnung: Reichspolitik / Genua / Streiks

Mitte. Kula der Gemeindefchule Gipsstr. 23a. Tiergarten. Arminushallen, Bremer Str. 73. Wedding. Pharusstraße, Müllerstr. 142. Prenzlauer Berg. Böhm-Draverei, Prenzlauer Allee. Friedrichshain. Schulaula, Martusstr. 49. Schulaula, Petersburger Str. 4.

Charlottenburg. Schiller-Realgymnasium, Schillerstr. 26. Schöneberg-Friedenau. Abhandlschule, Kolonnenstr. 21-23. Tempelhof. Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße. Döberitz. Kula des Joha-Realgymnasiums, Marktstr. 23. Pantow-Niederhöndhausen. Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11.

Reinickendorf-Öst. Durggarden, Hauptstr. 51/52. Referenten: Reichstags- und Landtagsabgeordnete: Bander, Bernlein, Breuer, Frau Bohm-Schuch, Giebel, Häulich, Kräger, Lademann, Peine, Frau Ryndel, Schlegel, Robert Schmidt.

Erscheint in Massen!

Bezirksverband Berlin der SPD.

zeit gemachten Ausspruch: „Des Vaterlandes Dank ist euch gewiß“ in schärfstem Widerspruch stehen. Man müßte annehmen, daß dieser Ausspruch auch heute noch — vor allem bei Behörden — seine volle Geltung besitzt, und auch meinen, daß es gerade die Behörden als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten, auch danach zu handeln und so zu verhindern, daß dieser Ausspruch zu einer Phrase herabgewürdigt wird. Wir haben uns bereits an das Reichspostministerium, sowie an die Oberpostdirektion gewandt, aber bis heute noch keine Antwort erhalten, und der Termin unserer Entlassungen liegt nicht mehr fern. Wir bitten daher, doch einmal diese unsoziale, himmelschreiende Maßnahme in die Zeitung zu bringen.

Erwähnen möchten wir noch, daß sich im HLM. mehr Ehepaare, wo beide Eheleute beamtet sind, beschäftigt werden, als Kriegerwitwen vorhanden sind. Wo der Mann tätig ist, könnten doch diese Ehefrauen anstatt der Kriegerwitwen entlassen werden.“

Der Meinung sind auch wir, und erwarten, daß dieser unsozialen Maßnahme sofort gehörig nachgegangen und sie unwirksam gemacht wird. Sind Entlassungen unerlässlich, muß dort begonnen werden, wo sie am wenigsten zu wirtschaftlichen Nachteilen führen, und von Fall zu Fall entschieden werden.

Böttcherverein in Berlin.

Wie uns der Böttcherverband mitteilt, hat die Gruppe der Werkstattböttcher beschloffen, wegen Ablehnung ihrer Forderungen in den Umständen zu treten. Die Herren Wörbel (ehemalige reformierte Kriegslieferanten), Fohlschütz Spandau und Herr Dahn, Vereinigte Fohlschütz, Antonstraße, haben durch ihr schwarzmachereihaftes Auftreten hervorragenden Anteil an dem Streikbeschuß und verdienen an dieser Stelle ganz besonders genannt zu werden.

Von den russischen Gewerkschaften.

Am 16. Februar begann in Moskau die Vollerfassung des russischen Gewerkschaftsrates, an der Vertreter der lokalen Gewerkschaftsorgane teilnehmen. Am ersten Sitzungstage erstattete Rudzutal einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Präsidiums des russischen Gewerkschaftsrates. Der Berichterstatter machte das Plenum mit den organisatorischen Arbeiten des Präsidiums bekannt und hob die Verminderung des Gewerkschaftsapparates hervor, sowie die Revision der Thezen über die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Die veränderte wirtschaftliche Lage hat den Gewerkschaften eine Reihe neuer Aufgaben gestellt. Besonders der Ueberfluß an Arbeitskraft und die beginnende Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften veranlaßt, sich mit der Frage der Organisierung von Massen zur gegenseitigen Hilfeleistung, der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit usw. zu beschäftigen. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften hat in 32 Gouvernements im dritten Vierteljahr 1921 gegenüber dem zweiten Vierteljahr um zehn

Prozent abgenommen. Zu Beginn des Jahres 1922 zählten die Gewerkschaften 6 900 000 Mitglieder. Den Umschwung in der Tarifpolitik charakterisiert Rudzutal als einen Uebergang von der staatlichen Normierung zu einer Regulierung des Arbeitslohnes. Bei der neuen Tarifpolitik wurde das Prinzip der Vereinfachung des Systems der Arbeitsentlohnung und der Dezentralisierung der Tarifarbeit sowie der Kollektivverförgung befolgt. Außerdem sollen in den Arbeitslohn alle öffentlichen Einrichtungen, wie Licht, Wasser usw., einbezogen werden.

Zur Frage der Kollektivverträge Ubergang, wies der Berichterstatter darauf hin, daß beim Volkskommissariat für Arbeit ein Oberster Tarifrat geschaffen werden soll, der aus der gleichen Anzahl von Mitgliedern der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane bestehen soll. Zur Schlichtung der aus den Kollektivverträgen entstehenden Differenzen müssen bei den betriebl. Konfliktkommissionen auf paritätischer Grundlage aufgestellt werden. Zum Schluß seines Berichtes sprach Rudzutal über die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der kulturellen Aufklärungsarbeit. Tomski erstattete einen Bericht über die neuen Kampfmethoden zwischen Kapital und Arbeit. Die Gewerkschaften werden die Interessen der Arbeiter tatkräftig verteidigen und sich an der Ausarbeitung der Produktionsprogramme beteiligen. — Auf diese neuen Kampfmethoden sind wir riesig gespannt. Befinden sich darunter auch uneingeschränktes Streikrecht der Beamten und rücksichtslose Stilllegung aller lebensnotwendigen Betriebe?

Der Streik der Eisenbahnbeamten wird in dem Mitteilungsblatt des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes (Afa) vom 20. Februar eingehend berichtet und kurz gewürdigt. Dieser Bericht würde einzeln beständigen, wie gradlinig und richtig die Haltung der freien Gewerkschaften zu diesem Streik von Anfang an gewesen ist. Die Spigenverbände waren sich durchaus bewußt, daß ihr offenes Auftreten gegen diesen Streik zunächst nicht dazu beitragen wird, sie bei den Massen besonders populär zu machen, und es war auf der anderen Seite um so leichter, durch die Kritik der Spigenverbände populär zu werden. Nachdem heute die breiten Schichten der Angestellten und Arbeiter über den Streik der Reichsgewerkschaften aufklärt sind, werden sie auch die Haltung der Spigenverbände verstehen, die durch ihr entschlossenes Eingreifen eine Katastrophe verhindert haben.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 21. Februar mit der Wahl von freigewerkschaftlichen Erwerbslosenvertretern. Der Obmann, Genosse Flemming, wies darauf hin, daß die Wähler des Ausschusses, solche in zwei von ihm einberufenen Versammlungen der Erwerbslosen zu wählen, von linksradikaler Seite durchkreuzt worden sei. Es sei in Charlottenburg außerordentlich schwierig, eine gesunde Basis in dieser Beziehung unter den Erwerbslosen zu schaffen. Eine Vertretung sei aber dringend geboten. Sach und von der Erwerbslosenvereine und andere Redner traten ebenfalls für eine energische Vertretung der Erwerbslosen durch freigewerkschaftliche Vertreter ein und erwarteten ganz entschieden die bisherige Vertretung durch die wilden Erwerbslosenräte. Daraufhin wurde beschloffen, vorläufig Vertreter von der Zentralstelle nach Charlottenburg zu senden (Arbeitsamt Bismarckstr. 51), die sich bei den Erwerbslosen durchsetzen müssen und dann später diese durch geeignete Charlottenburger zu ersetzen. Weiter behandelte der Genosse Flemming die Frage der Zentralisation der Arbeitsnachweise und ging auf die Wähl der Behörden ein, die den Einfluß der Gewerkschaften gehörig eindämmen wollen. Hiergegen müssen sich die Gewerkschaften ganz energisch wenden. Die Aussprüche über diese Angelegenheit ergab, daß alle Redner, mit Ausnahme des der Gastwirtschaftlichen, die am Orte eine eigene Vermittlungsstelle besitzen, sich für eine straffe Organisation mit einheitlicher Leitung, in Verbindung mit einer gut durchgeführten Zentralisation, ausgesprochen. Die Verammlung stellte sodann als Kandidaten zur örtlichen Deputation für Arbeit und Gewerbe die Genossen Flemming, Hammer, Mühsing, Frohoff, Ganshom und Winkler auf. Es wurde dann noch gesprochen über eine einheitliche Masseur in diesem Jahre und über die Verteuerung des Brotes und sonstiger wichtiger Lebensmittel, so auch über die horrenden Kartoffelpreise. Die Folge dieser enormen Preissteigerung sei wieder eine Forderung höherer Löhne, wenn die Arbeiterschaft nicht ganz auf den Hund kommen will.

Für verbindlich erklärt wurden: Der für die Angestellten des Maschinenbaus und des Maschinenbaus am 16. Dezember 1921 abgeschlossene 6. Nachtrag zum Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Dezember 1921, der am 20. November 1921 abgeschlossene 6. Nachtrag zum Tarifvertrag für die Angestellten in der Gummiindustrie und des Maschinenbaus. Tarifverträge sind zu haben in den Bureaus des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10, und Kommandantenstr. 69/64.

Freigewerkschaftlich organisierte Angestellte der Arbeitsnachweise und des Landarbeiters der Stadtgemeinde Berlin. Mittwoch 27. für im Arbeitsnachweis für das Transportgewerbe, Ginnung, Kaderstr. 10, Verammlung. Die Antwort des Magistrats auf die eingereichten Vor schläge über Abschluß eines Tarifvertrages. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Section V. Sonntag 9½ Uhr in der Deutscher Reichsbahn, am Friedrichshain 15/16, Fortsetzung der Mitgliederversammlung. Gef. Aufsicht. Wähl der Sitzung. Kündigung des Bahnabkommens. Mitglieder über - Parte. 10/11/12.

Berlin. für den redb. Teil Franz Mühs Berlin-Verleger: Hr. Anger: Th. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin 6, m. l. b. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag Berlin u. Co., Berlin. Einband: L. Stern 1. Auflage.

Kaffee frisch gebrannt 2500 2800
Kunsthonig Pfund 600

Lebensmittel

Bandnudeln Pfund 1025
Würsichen (amerik.) Dose 1100

Frisches Fleisch
Suppenfleisch Pfund 1600
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1800
Ka b-Vorderfleisch Pfund 1400
Kalbs-Keule Pfund 1600
Gehacktes Pfund 1700
Schweinefleisch Pfund 2200
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren Pfund 950
Kinderherzen gefroren ... Pfund 900

Weizenmehl Pfund 720
Tafelreis Pfund 875
Weiße Bohnen Pfund 490
Gerste (gebrannt) Pfd. 720
Bohnen in Schweinefett .. Dose 350
Gans auf Reis .. Dose 750
Rindfleisch ca. 2 Pf. D. 2450
Korned-Beef Pfund 2000

Salzbohnen Pfund 180
Landspeck fett o. mager Pfund 3400
Salzheringe groß Stück 85 Pf.
Heringe (grüne) Pfd 590
Schinkenspeck Pfund 2800
Stonsdorfer . fl. 3900

Margarine . Pfund 2500
Rindertalg Pfund 2600
Speisefett .. Pfund 2800
Marmelade Pfund 690
Tafelkäse .. Stück 310
Harzer Käse Pfd. 1500
Brie-Käse . Pfund 1900
Sahnenkäse Pfd. 1950

Wurstwaren
Leberwurst Pfund 2400
Rotwurst Pfund 2400
Landleberwurst Pfund 2800
Fleischwurst Pfund 2900
Jagdwurst Pfund 2900
Grobe Mettwurst Pfund 3000
Rotwurst ca. 2-Pfund Dose 1450
Leberwurst ca. 2-Pfund-Dose 1650

Handfeger schwarz ... 650
Teppichhandfeger War. 1650
Stubenbesen schwarz ... 2750

Jandorf

Schubbet Fibr 675
Kohlenanzünder Paket 35 Pf.
Isolierflasche ca. ½ Liter 3950

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Willersdorfer Str.

Nachwehen vom Gemeindearbeiterstreik.

Oberbürgermeister Böh steht zu seinen Versprechungen.

Die nach dem Gemeindearbeiterstreik vorgekommenen Richtwiedereinstellungen wurden gestern in der Stadtkommissionenversammlung erörtert. Zu den Angriffen der Kommunisten erklärte Oberbürgermeister Böh, daß er an seinem gegebenen Wort festhält und für locale Durchführung sorgen wird. Unter Hinweis auf diese sehr bestimmte Erklärung lehnte für die sozialdemokratische Fraktion unser Genosse Haß es ab, für den Antrag der Kommunisten in allen Punkten zu stimmen. Die in einzelnen Dienststellen vorgekommenen Mißgriffe und Eigenmächtigkeiten und besonders die Einschänkungen und Entlassungen bei der Straßenbahn rügte Haß scharf. Aber den Kommunisten hielt er vor, daß die Schuld an diesem Streik und seinen Folgen sie trifft. Unangenehm war den Unabhängigen seine Feststellung, daß ihre Genossen im Magistrat dessen Haltung gegenüber dem Gemeindearbeiterstreik gebilligt haben. In der Abstimmung unterstützte die sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich die Forderung, daß die Wiedereingestellten voll in ihre alten Rechte eintreten sollen, ebenso die andere, daß bei Nichtdurchführung der Magistratsanordnung die Dienststellenleiter ihres Postens enthoben werden. Der kommunistische Antrag fand aber auch für diese Punkte keine Mehrheit.

Sitzungsbericht.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der die heute vom Magistrat verhängte Auflösung des Gesamtbetriebsrats der städtischen Werke betrifft und dessen sofortige Wiedereinsetzung in seine Rechte fordert, scheitert für heute an dem Widerspruch von bürgerlicher Seite; eine dringliche Anfrage Wehl (U. Soz.) zu demselben Gegenstand geht an den Magistrat. — Ein Antrag der Kommunisten, ihren Antrag wegen Wiedereinstellung der beim Streik Beteiligten vorweg zu nehmen, wird mit 85 Stimmen der Bürgerlichen gegen 60 sozialistische verworfen.

Mit der Schaffung von 3 neuen Dezernentenstellen in der Hauptfürsorgestelle für Kriegsschädigte hat sich der Ausschuss einverstanden erklärt. Die Befragung mit zwei Juristen wird mit 90 gegen 85 Stimmen beschlossen; mit der gleichen Mehrheit die Befragung der dritten Stelle mit einer sozial geschulten und sozial erfahrenen Frau.

Der alljährlich einmaligen Einschulung

zum Oftertermin 1922 hat der Ausschuss zugestimmt, aber es abgelehnt, sich für die sofortige Umwandlung der Michaels- in Ofterklassen zu erklären, fordert vielmehr einen allmählichen Abbau dieser Klassen von unten heraus an sämtlichen städtischen Schulen. Ein Antrag, wonach eine Erhöhung der Frequenz durch die einmalige Einschulung nicht eintreten darf, soll dem Magistrat überwiesen werden.

Dr. Löwenstein (U. Soz.) will auf einmal abbauen und beantragt deshalb, die Umwandlung nur da zu unterlassen, wo durch sie erhebliche Härten entstehen könnten. — Frau Kiedger (Soz.) ist befreit über diese veränderte Stellungnahme und tritt für den Ausschussantrag ein. — Groß (Komm.) sieht in der jährlich zweimaligen Einschulung einen Verzug des hochentwickelten Berliner Schulwesens und lehnt die ganze Vorlage ab. — Nachdem Dr. Löwenstein seinen Antrag zurückgezogen, wird der Antrag Wertens, für den mit den Bürgerlichen auch die Kommunisten stimmen, mit 83 gegen 59 Stimmen angenommen. — Bei der Zahlung stellen sich wiederholt Differenzen im Ergebnis bei den vom Vorsteher bestellten Jährlern heraus; unbedingte Zuverlässigkeit ist anscheinend auch dann nicht verbürgt, wenn auf jeder Seite gleichzeitig zwei Jähler in Funktion treten.

Mit der nachträglichen Erhöhung der Steuerungszulagen für die Ständesbeamtenhilfsstellvertreter auf 83 Proz. für die Zeit vom 1. August bis 30. September 1921 ist die Versammlung einverstanden, nimmt aber gleichzeitig einen Antrag Haß auf Abbau dieses „überflüssigen“ Instituts an.

Die vom Magistrat entsprechend der Beanstandung durch die Aufsichtsbehörde umgestaltete Steuerordnung auf das Halten von Wagen und Pferden gelangt jetzt ohne Aussprache zur Annahme; die Steuern auf Pferde scheiden damit wieder aus. Mit 94 gegen 93 Stimmen gibt die Versammlung die Vorlage

wegen Erhebung von Schulbeiträgen für die Berufsschule in Berlin auf Antrag Wertens dem Magistrat zurück.

Der erneute Antrag der Kommunisten auf Beratung ihres Antrags betr. die

Wiedereinstellung der Streikenden

findet jetzt (1/8 Uhr) eine Mehrheit. Auf Vorschlag des Vorstehers wird auch der Antrag wegen Auflösung des Gesamtbetriebsrats mit verhandelt. Dr. Wehl beantragt die Herbeizurückführung des Oberbürgermeisters. Der Antrag wird angenommen.

Schumacher (Komm.): 200 städtische Arbeiter und Angestellte sind nicht wieder eingestellt worden. Denen, die zu anderen Berufen übergehen wollten, hat man die Papiere verweigert. In einer Reihe von Privatbetrieben hat man die Annahme dieser Gemäßigten abgelehnt und sich dafür auf einen Beschluß des Verbandes der Metallindustriellen berufen. (Oberbürgermeister Böh erscheint im Saal.) Das Wort des Oberbürgermeisters wird von den untergeordneten Organen der Stadtkommissionen ungefragt sabotiert. Wie kam Stadtrat Wehl dazu, heute früh dem Gesamtbetriebsrat die Schlüssel abzugeben und ihn auszuweisen?

Oberbürgermeister Böh: Ich habe nicht nötig, zu versichern, daß ich zu meinem Worte stehe. Die Vertretung der Gewerkschaften wird befähigen, wie ruhig und sachlich alle Fälle durchgesprochen sind und wie bis auf ganz wenige Ausnahmefälle Uebereinstimmung herrschte. (Stürmische Jurufe bei den Komm.: 2000 Gemäßigter!) Fälle, wo die Papiere nicht ausgehändigt sind, werde ich sofort prüfen, wenn sie mir namhaft gemacht werden. Der Gesamtbetriebsrat ist aufgelöst worden, weil er nach einer Entscheidung des Handelsministers überhaupt nicht zu Recht besteht. Aber auch hier ist nicht rigoros verfahren worden; es ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die die Geschäfte zu erledigen ermöglicht und womit sich der Betriebsrat einverstanden erklärt hat. (Dör: Aber erst heute abend, heute morgen sind sie rausgeschmissen worden.)

Haß (Soz.): Wir haben die

Erklärung des Oberbürgermeisters als Ehrenwort des Magistrats

betrochtet. Noch vor wenigen Tagen waren es 8000 bis 10000 Entlassene, heute sind es nur noch 2000, auch an die glauben wir nicht. Auch Wänter bestätigt uns, daß bei der Prüfung der Fälle fast durchweg Uebereinstimmung erzielt ist. Nur gegen die Straßenbahner bleibt eine Ungerechtigkeit zurück, wir können die Haltung des Stadtbourreais weder billigen. Eine Maßregelung liegt nach unserer Meinung nicht vor, wenn überflüssige Kräfte entlassen worden sind. Herr Schumacher hat entscheidend beim Streik mitgewirkt; es ist doch ein sonderbarer Zustand, daß dieselben angehenden Arbeitervertreter jetzt darüber schreien, daß der von ihnen mit angerichtete Schaden zum Unheil der Arbeiter ausgeht (Lärm bei den Komm.). Wo ist jemals nach einem verlorenen Streik die Wiedereinstellung aller Streikenden erfolgt? (Pjurufe bei den Komm.) Wir lehnen das Magistratsvotum gegen den Magistrat ab. Ich möchte einmal sehen, welche Stellung jetzt Dr. Wehl zum Streik einnimmt, wenn er zum Oberbürgermeister gewählt worden wäre? (Große Heiterkeit und Unruhe.) — Was Vorgehen gegen den Gesamtbetriebsrat kann starke Beunruhigung bei den Arbeitern erzeugen. Wir billigen nicht, daß man die Leute hinausgeworfen hat. Wir freuen uns der getroffenen neuen Vereinbarung. Nachpositiv darf nicht getrieben werden.

Zimmermann (U. Soz.): Es sind Leute mit 23 Dienstjahren, auch Beschädigte und Pensionierte, entlassen worden. — Oberbürgermeister Böh: Es ist keine Rede davon, daß jemand wegen Ausübung eines Ehrenamts entlassen ist. Im Zweifelsfalle entscheidet der Magistrat selbst.

Um 9 Uhr 20 Minuten wird Schluß der Erörterung beantragt. Der Antrag wird mit 88 gegen 87 Stimmen angenommen.

Nach dem Schlußwort Schumachers vertritt sich Dr. Wehl in einer persönlichen Bemerkung ausführlich darüber, was er dem Streik gegenüber getan haben würde, wenn er Oberbürgermeister wäre.

Der erste Teil des Antrags Gabel: „Der Magistrat wird beauftragt, sofort den einzelnen Dienststellen die Anweisung zu geben, daß alle am Streik beteiligten städtischen Arbeiter und Angestellten restlos wieder eingestellt werden“, wird in namentlicher Abstimmung mit 129 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Auch der Rest des Antrages, für den auch die Sozialdemokraten stimmen, bleibt in der Minderheit, desgl. der Antrag Gabel, den Gesamtbetriebsrat wieder in seine Rechte einzusetzen. Schluß der öffentlichen Sitzung nach 1/11 Uhr.

Schluß der Sechstagerreise.

Sieger Saldow-Bauer.

Archimedes stellte das Prinzip der „Schraube ohne Ende“ auf. Nach Erfindung des Fahrrades kopierte man ihn im Sechstage-Rennen. Sechs Tage Rennen gleich sechs Tage Kummel, daran hatte der Erfinder der Schraube nicht gedacht. In ewigem Kreisen um ihre Achse drehen sich die Räder auf der Bahn, manchmal schneller, manchmal langsamer, doch ohne Ende, ohne Philosophie, ohne Sinn der tieferen Bedeutung.

Und doch, da steht es, geht es wie elektrisches Fluidum durch die Masse und überträgt sich auf den Fahrer, irgend etwas im Mechanismus bewirkt das. Wöglich lagen sich die Fahrer, rempeln sich an, bringen sich aus dem Kreis, überrunden sich. Das Publikum brüllt freudigen Beifall, Knäuel, lacht, strampelt die Schnelligkeit ihrer Favoriten durch die Fußbodenbreiter hindab. Da wird die Radbahn zur Arena, zum Kampffeld. Es gilt nicht mehr die Stunden abzufahren, die jetzt nicht endenwollenden fünf Stunden, es gilt den Kampf um den Sieg, um den Sinn, der im Ganzen liegt. Und dieser Sinn, er bedeutet für die einen den Wert im Geld, für die anderen den Kontakt zum Ruhm oder was man so zu nennen pflegt. Dann wird es wieder still, die Wertung ist vorüber. Die Leute, die was für ihr Geld sehen wollen, haben die Empfindung, daß die Schraube etwas gelöst werden muß, man löst sie mit Preisen, die jene verschwenderisch auswerfen, die ihr Geld müßelos verdienen, man legt sich ein wenig um einen Korb voll Wein und zuweilen auch um eine Zigarettenpackung. Doch ist die Stimmung bei den Fahrern jetzt in den Schlussstunden nicht so stark für diese Dinge. Sie haben ihr ganzes Augenmerk auf den Endspurt zu richten. Sie sind mißtrauisch, kontrollieren sich gegenseitig, verhindern das Vorfahren. Die Partner sind sprungbereit, niemand kommt mehr recht zur Ruhe. Und eine Betrachtung für den nächsteren Beurteiler dieser Kraftleistungen sei hier noch eingestreut: Es scheint die Kunst bei den Abgelassenen in den Pausen die größere zu sein, nicht zu versagen, sich nach zehn oder fünf Minuten wieder frisch kampftreudig zu fühlen, als die eigentliche des Fahrens.

Da treten sie an ihre Kojen heran, mit verzerrten Gesichtern, der eine Fahrer muß von seinem Trainer getrübt werden wie ein kleiner Junge. Und über den Kojen, malerisch hingelagert zwischen Konferenzblättern und bunten Tüpfelstrümpfen, die jährliche Weiblichkeit. Eifrig treten die Masseure die wabbernden Muskeln und andere fangen in der Fahrt sonderbare Flöschchen auf, aus denen sie trinken. Doch dann wird es bei den Fahrern stiller, je mehr die Erregung bei dem tausendfüßig besetzten Zuschauerroom wächst. Es naht das Ende, der Kampf, die letzte Seilung. Aus den Schragen werden sie kriechen, zum Gehen zu schwach, nur noch zum Treten und Trampeln den Mark ihres Körpers in den Belmuskeln versenkt, und sie werden liegen oder sich den Hals brechen. Und wenn von beidem nichts passiert, so werden sie ihre Anmeldung zum nächsten Rennen abgeben.

Das Publikum, das große Unbekannte, um dessen Kauf das Geschäft sich dreht, wird seinen Diebstahl mit freudigem Jubel aus der Bahn tragen. In in Sekt und tausend Freuden taufen, um ihn morgen im grauen Alltag zu vergessen. . .

Die letzten Stunden.

Nachdem die Entscheidung des Rennens bereits seit gestern durch den Vorsprung Saldow-Bauer festlag, flaute das Interesse (scheinbar bei den Fahrern ab, die das Bestreben nicht mehr einholen konnten. Wesentlich zur Verbesserung ihrer Punktzahl legten sich van Nel-A. Hyschte und Lorenz-Aberger tüchtig ins Zeug. Stellbrint-Appelhaus, Schrage-Kohl und Tadewald-Palebusch schieden vor den Endkämpfen aus, weil ihr Kundenverlust nicht mehr einzuholen war. Dagegen hielten Saldow-Bauer sich vor ihrer Position und führten sie auch siegreich zu Ende. Das Rennen der beiden war schon vorher gesichert. Sie hielten sich zuletzt noch den Preis eines Autos im Werte von 100 000 M. und andere dieser kleinen Unnehmlichkeiten. Die

Die Sünde im Wasser. .

Von Wilhelm Schmidtbonn.

„Zu deine Augen zu.“ befahl er und tastete nach ihren Lidern. Sie hatte die Augen zu und atmete bald leise und regelmäßig.

Er lauschte. „Grete?“ fragte er. Sie war still, sie schlief. Er lag lange und träumte. Als sie im Schlafe sonderbar aufschlugte, drückte er in einem aufwallenden Gefühle der Gemeinsamkeit ihrer Lage seinen Mund auf ihre Backe und auf ihre Stirn und legte seine Arme nun fest um ihren Leib: o, er wollte nach Weiben und sie hüten! Ihn hielten ihre guten, alten Eltern zu Hause in der kleinen enggassigen Stadt ein, er stellte sich vor, was sie tun und reden mochten — nun, morgen hielten sie ihr Kind ja wieder in ihren Armen und streichelten ihr mit den weichen, alten Händen über das Haar.

Er erappte sich darüber, daß ihm die Augen zugefallen waren, und um sie offen zu halten, begann er Berse vor sich her zu sagen. Aber bald hörte er nur noch den Klang, und der Sinn schwand seinem Bewußtsein. Stundenlang lag er und zwang sich, wach zu bleiben. Er setzte sich und lauschte auf die unbestimmten Töne, die aus der Welt da draußen fast unhörbar herüberhallten — wie ein Schlag am Holz, dann wie ein Schreien und Klirren.

Die Augen taten ihm weh und brannien. Er entschloß sich, sie zuzumachen, ohne zu schlafen. Er fing an, Reime zu machen — ein schönes, edles Gedicht auf das Mädchen neben ihm, das er ihr morgen, wenn die Sonne schien, sagen wollte. Das Wort „weih“ kam zweimal darin vor: das war die Farbe, die er vor sich sah, wenn er an ihren Namen dachte.

Sie atmete laut und tief. Wenn ihre Brust sich hob, fühlte er sie an der seinen. Er sog ihren Atem ein und dachte, wie düftig der war, und dann dachte er noch, daß er ja nun doch eingeschlafen war, und dann schlief er wirklich. Bald mischten sich seine vollen, breitbrüstigen Atemzüge mit den ihren.

Früh am andern Morgen war sie wach.

Ueber ihr kullten schon die Vögel. Gleich drehte sie den Kopf nach dem Bette, und als sie ihn noch schlafen sah, war sie ganz still. Sie rieb sich die Augen und gähnte, und erst

nach einer Weile fiel ihr ganz ihrer beider Lage ein. Aber sie war nicht mehr bange bei dem hellen steigenden Tag: heute kam ja ihr Verlobter mit den Leuten, und Heim war ja bei ihr.

Sie richtete sich leise auf. Wie tat ihr der Rücken weh! Sie war wie gelähmt, wie mit Stößen geschlagen an allen Gliedern. Sie bewegte die Arme und drehte sich in den Schultern und in den Hüften. Sie schob die Zweige über sich auseinander, und ein blendender Sonnenstrahl bligte ihr in die Augen.

Dann wollte sie zum Wasser hinunterklettern und trinken und sich waschen — aber da erschraf sie. Das Wasser stand dicht unter ihr. Ihre Schuhe schwammen darauf, und die Sonne erleuchtete es, so daß sie die Keste, auf denen sie gestern gefessen, tief unten schwimmern sah. Und wenn sie ihren Aft mit den aufgestemmen Armen hinabdrückte, berührten die Enden die Oberfläche.

Im ersten Schreck wollte sie ihn wecken. Aber dann jögerte sie und hielt es für besser, ihn in seinem Schlaf zu lassen. Sie wusch sich Hals und Gesicht und die Arme und trocknete sich mit ihrem Kleide ab. Wo die Sonne nicht hinfiel und das Wasser dunkel war, da spiegelte sie sich und steckte sich das Haar auf. Dann legte sie sich wieder still neben ihn und sann mit offenen Augen und hörte den Bögeln zu.

Aber mit einem Male entsetzte sie sich vor der Einsamkeit und beugte sich über Heins Gesicht. Sie rief ihn. Sie rührte mit dem Finger an seine Stirn, an seine Nase, an seinen Mund. Sie griff ihn bei den Schultern. Sie zog seine Hände auseinander, die unter dem Kopf gefaltet waren, und schüttelte seine Arme. Sie rief an jedem einzelnen seiner Finger.

Ihre Angst stieg, auch der Eigensinn, der in ihren zusammengewachsenen Brauen mädchenhaft versteckt lag. Sie nahm seinen Kopf und schlug ihn leise auf das Holz, sie zog endlich seine Augenlider an den Wimpern, die sie mit zwei Fingern sahte, in die Höhe. Seine Augäpfel drehten sich nach unten, ein Reiz von roten Adern zeigte sich. Und er erwachte.

Schnell hob er sich in den Hüften und sah und sah sie mit großen, fremden Augen an. Wie ein Blitz kam ihm dann die Erinnerung, während Grete leise, mit sonderbaren Tönen jubelte und sich an ihn drückte. Er bog das Laub auseinander und sah nach allen Seiten — er fing den Tag damit an, womit er ihn gestern aufgehört hatte. Ueberall blendete die grelle, sonnenglänzende Fläche seine schlafmüden Augen. Er wollte unter sich nach dem Wasser sehen und prallte fast zurück,

als es dicht unter seinen Augen stand. Aber er bezwang sich, und kein Muskel zuckte in seinem Gesicht.

„Guten Morgen, Heim.“ flüsterte sie ihm ins Ohr, „habe ich dich endlich lebendig?“

„Morgen, Grete,“ sagte er und gab ihr die Hand und lachte sie von der Seite an. „Wie fühlst du dich?“

„Du, wenn dir so wohl und froh ist!“ rief sie.

Aber er konnte eine leise Unruhe auf seinem Gesicht doch nicht verbergen. Sie sah es. „Du, wie hoch das Wasser steht,“ sagte sie und sah ihn erwartend an.

„Was macht das? So klettern wir wieder ein Stockwerk höher in den Himmel.“

„Ich bin kein Kind, Heim. Sag mir, wir sind in Gefahr?“

„Ach was, jede Stunde müssen sie jetzt kommen: die lassen uns doch nicht sitzen und verhungern.“

„Ich weiß wohl, wie es mit uns steht. Ich sehe es so gut wie du, wie schnell das Wasser gestiegen ist. Zu Haus sitzen sie selber bis über die Fenster im Wasser.“

„Dummes Zeug, sei doch nicht kindisch.“ Sein Gesicht hatte sich ernst, fast düster überzogen.

„Das wird ein schöner Tag heute, was?“ sagte sie, „sieh nur, wie die Sonne scheint.“ Sie streckte die Hand aus, und ein Sonnenstrahl bligte in dem Brautring an ihrem Finger.

Dann bog sie einen Aft herab, daß die warme Sonne auf ihr Gesicht fiel. Wie ein Kind versuchte sie hineinzufehen.

Schließlich brach sie den Aft mit ihrer ganzen Kraft ab und ließ sich das volle Gold über den Leib rieseln. Durch die Wärme glücklich gemacht, piffte sie mit spitzen, ungefalteten Lippen ein Frühlingsspiel, während sie die Blätter von dem Aft pflückte, sie in ihren Schoß häufte und mit den weichen, kurzen und kräftigen Fingern Blatt an Blatt zu einem Kranz fügte. Sie musterte ihn und setzte ihn dann schnell dem Bette aufs Haar.

„Wie schön du bist,“ sagte sie, und nach einer Weile fügte sie hinzu, indem sie ihn mit einem lächelnden Seitenblick ansah, „ich wollte, du wärst jetzt mein Bräutigam, und ich säße mit dir auf dem Baum. Dann wollte ich nicht aufhören, dich zu küssen.“

Er nahm sich den Kranz vom Kopf und zerpfückte ihn langsam und ließ ein Blatt um's andere ins Wasser fallen.

„Du,“ fing sie plötzlich an, „hast du denn noch keine, die du lieb hast?“ Sie fragte es leise und legte den Kopf dabei nach hinten und sah den Bögeln zu.

(Fortsetzung folgt.)

Steger wurden von dem enthusiastischen Publikum mit Blumen und Kränzen überschüttet, in allen Stellungen photographiert und gefilmt und werden jedenfalls die ausgehenden Prämien der Ferienaufenthalte auf dem Lande recht gut gebrauchen können.

Sieger im Sechstage-Rennen waren: 1. Saldow-Bauer mit 278 Punkten; 2. Lorenz-Ueberger mit 291 Punkten; 3. van Nef-R. Huchle 229 Punkte; 4. H. Huchle-Roh 158 Punkte; 5. Hahn-Tieh 42 Punkte; 6. Schrage-Roh 33 Punkte; 7. Stellbrink-Appelhaus 56 Punkte; 8. Tade-wald-Patebusch 6 Punkte.

Ein Millionär klagt gegen Wucherer. 37 000 Mark zu 225 Prozent.

Der Verbeugung eines Kriegsgewinners, der es in kurzer Zeit zu einem mehrfachen Millionär gebracht hatte, wurde in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I aufgerollt. Angeklagt wegen gewerbsmäßigen und verheerenden Wuchers waren der Bankier Bogdt und der Kaufmann Richter. Beide wurden beschuldigt, dem Kaufmann und Villenbesitzer S. in Wannsee bei einem Darlehensgeschäft über 37 000 M. unter Ausbeutung der Notlage des S. Wucherzinsen abgezogen zu haben. Da dem Gericht es etwas rätselhaft erschien, wie die „Notlage“ eines mehrfachen Millionärs ausgebeutet werden konnte, mußte es sich mit der Persönlichkeit des Zeugen S. etwas näher befassen.

Der Zeuge bekundete unter Eid folgendes. Er sei mit einigen Ersparnissen aus Oesterreich nach Deutschland gekommen und habe hier während des Krieges zuerst mit Korbflechten und dann mit Mehlfäcken gehandelt. Dann habe er sich auf Bouillonwürfel „geworfen“ und damit soviel Geld verdient, daß er sich auf ehemaliges Heeresgut „legen“ konnte. Hiermit verdiente er soviel Geld, daß er sich in Wannsee eine hochparnische, schloßartige Villa mit dem gesamten kostbaren Mobiliar von zwanzig Zimmern und einer wertvollen Bibliothek kaufen konnte, deren Wert inzwischen auf 7 bis 8 Millionen Mark gestiegen ist, wie der Zeuge selbst bekundete. Als infolge eines gegen den Zeugen angehängten Zivilprozesses eine Pfändung in seiner Villa vorgenommen wurde, trat er durch Vermittlung des Richters an Bogdt wegen Aufnahme eines Darlehens von 37 000 M. heran. Die Angeklagten sollen nach der Anklage für dieses nur 4 Wochen laufende Darlehen 7000 M. Zinsen verlangt haben, was einem Zinsfuß von etwa 225 Proz. entspricht. Der Staatsanwalt hielt einen Wucher für nachgewiesen und beantragte je 2 Monate Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe.

Von den Beteiligten wurde die Freisprechung beantragt, da von einer Notlage bei dem Zeugen keine Rede sein könne. Dieser habe sich nur deshalb in einer vorübergehenden Geldverlegenheit befunden, weil er sich scheute, etwas von seinen Besitztüchern zu verkaufen, da er eine weitere Preissteigerung abwarten wollte. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen in vollem Umfange an und erkannte auf Freisprechung.

Zwei Fragen an die Sarotti-A.-G.

Von dem Deutschen Transportarbeiterverband erhalten wir eine Zuschrift, aus der wir folgendes entnehmen:

Die Ursachung der Entschädigungsummen seitens der Direktion an die durch den Brand geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist zum Teil durchgeföhrt. Ein Teil der Geschädigten hat die Annahme der gebotenen Entschädigungsummen abgelehnt, weil — wie uns mitgeteilt wird — der Betrag zu lächerlich gering ist gegenüber dem entstandenen Schaden. Die Direktion der „Sarotti“ hat sich bereit erklärt, 66 Proz. des nachweisbaren Schadens zu erlassen. Die Frage ist aufzuwerfen, ob dieser Prozentsatz entsprechend den Begleitumständen beim Brande als ausreichend zu betrachten ist.

Um diese Frage beantworten zu können ist es Sache der Direktion, zwei Fragen, welche wir hiermit öffentlich stellen, auch auf demselben Wege zu beantworten:

1. Ist es wahr, daß in einem der untersten Räume, nicht allen weit von dem Brandherd, mehrere tausend Zentner Holzwole lagerten und dieser Raum nicht genügend isoliert war gegen Feuergefahr? Das Uebergreifen des Brandes auf diesen Raum soll zu dem schnellen Uebergreifen auf die übrigen Fabrikräume beigetragen haben.

2. Ist es wahr, daß der Garderobenraum verschlossen war und der Arbeiterchaft keine Möglichkeit geboten war, zu ihren Kleidungsstücken zu gelangen?

Aus der Beantwortung dieser beiden Fragen würde sich auch die Schuldfrage an dem Schaden, welchen die einzelnen Arbeitnehmer durch den Brand erlitten haben, ergeben. Hier handelt es sich wirklich um Treu und Glauben. Und es hätte der schwervereichten Firma wirklich nicht mehr getan, wenn sie statt einer Million deren zwei oder etwas mehr ausgeworfen hätte, um die Geschädigten voll zu befriedigen.

Die Gewerkschaften haben bei ihrer Unterstützungsfunktion in diesem Fall auf Treu und Glauben gehandelt. Es ist jedenfalls nicht sehr schmeichelhaft, daß die Firma „Sarotti“, wenn die Gewerkschaften einsprangen mußten, um durch Unterstützung der Geschädigten den Schaden durch den Brand zugesetzten Schaden in etwas zu mindern. So weit dürfte es jedenfalls nicht kommen, daß die Arbeiterchaft im Lande sammeln muß, um den Geschädigten zu Hilfe zu kommen.

Eine Falschgeldfabrik im Admiralspalast.

Bei der Herausgabe von falschen Hundertmarktscheinen wurde in Sponda ein Reichsminister Fredan festgenommen. Diese Verhaftung hat ein interessantes Nachspiel gehabt. Nach seiner Verhaftung machte die Kassiererin des Admiralspalastes, in dem Fredan beschäftigt war, den Geschäftsinhaber darauf aufmerksam, daß der Verhaftete bei ihr wiederholt gegen kleinere Scheine Tausendmarktscheine habe sich geben lassen. Jetzt schöpft man Verdacht, daß Fredan in der Werkstatt in den Betriebsräumen des Admiralspalastes untergebracht habe. Man fand die Arbeiterräume, die er innegehabt hatte, verschlossen und elektrisch gesichert. Als man sie unter Zuziehung der Polizei mit Gewalt aufbrechen ließ, erweist sich dieser Verdacht als richtig. Es fanden sich nicht nur Fälscherwerkzeuge, sondern auch noch Material für die Herstellung von Fünfzigmarktscheinen und Hundertmarktscheinen neuester Ausgabe.

Ausgehoben wurde ferner eine Fälschmünzwerkstatt im Hause Freienwalder Straße 7. Der Wirt dieses Hauses hatte an zwei junge Leute namens Sonnenberg und Häuser den Keller vermietet, ohne sie bei der Polizei anzumelden. Sie lohten das, indem sie den Keller zu einer Fälschmünzwerkstatt für Fünfzigmarktscheine herrichteten.

Internationale Geldtreiber von gefälschten ausländischen Geldscheinen suchen Berlin jetzt besonders mit falschen belgischen und französischen Tausendfranknoten und englischen Hundnoten heim. Es sind Leute, die elegant auftreten, in feinen Hotels und Pensionaten wohnen, aber stets schon wieder verschwunden sind, wenn man sie ausgepörrt hat. Sie sehen ihre Fälschungen mit Vorliebe in Kaffees mit internationalem Verkehr ab, aber auch in Wechselstuben und kleinen Bankgeschäften. Andere Schwinder finden immer noch Abnehmer für die französischen Assignaten aus der Zeit der großen Revolution und für längst außer Kurs gefohene amerikanische Dollarnoten aus den Jahren 1863 und 1867. Nach vielen Anzeigen, die bei der Inspektion B I dauernd eingehen, erhalten sie öfter, als man es für möglich halten sollte, für das wertlose Zeug immer noch gutes deutsches Geld und gute Ware.

Nur diese . . . ?

Ein Wort für die Gelden der Arbeit.

In der vorigen Woche wurden die drei Studenten der Technischen Hochschule, die bei dem Eisenbahnunglück an der Beustelstraße tödlich verunglückt waren, mit einem außerordentlichen Aufwand von akademischem Pomp und Gepränge zu Grabe getragen, ein Umstand, der um so mehr auffiel, als gerade aus akademischen Kreisen immer wieder die Mahnung zu Einfachheit und Schlichtheit an unser Volk ergeht. Auch soll den Toten ein besonderes Ehren-denkmal errichtet werden. Man kann die Pflichttreue der jungen Männer hier in den Tod anerkennen, ohne sich mit den Formen, in denen die Ueberlebenden ihre Trauer zum Ausdruck bringen und bringen wollen, einverstanden zu erklären. Was nämlich hier den drei Studenten passiert ist, geschieht der deutschen Arbeiterchaft täglich im zehnfachen Umfang. Nach den des Jahr 1918 umfassenden Statistiken haben in dem genannten Jahr in der deutschen Industrie und Landwirtschaft 567 295 Arbeiter und Arbeiterinnen Unfälle erlitten, davon waren nahezu 100 000 Schwerverletzte und — eine wahrhaft grauenhafte Zahl — 10 000 Tote. Welche unermeßliche Tragik steckt doch in diesen Zahlen! Hat man aber jemals gehört, daß diese Opfer treuester und hingebendster Pflichterfüllung in so prunkvoller Weise beklagt werden? Hat man jemals gehört, daß man ihnen besondere Denkmäler setzen will? Und dies wenige sei gesagt, und die Zeitgenossen mögen sich ihren Teil dazu denken. Vielleicht aber überlegt sich auch die Berliner Studentenschaft einmal ein wenig, ob es richtig war, daß man die Opfer einer doch auch im studentischen Sinn selbstverständlichen Pflichterfüllung auf ihrem letzten Weg in außergewöhnlich akademischen Pomp hüllte, während die Opfer vom „Schlachtfeld der Arbeit“ in Deutschland schlicht und still und ohne jedes Aufsehen verschwinden.

Das bestohlene Reichspostmuseum.

Wegen fortgesetzter Diebstähle im Postmuseum stand der Postkassierer Hähne und wegen Hehlerei dessen Bruder vor der Strafkammer des Landgerichts I. Der Postkassierer war im Reichspostmuseum als Aufseher angestellt. In seinen Obliegenheiten gehörte ihm gebrauchte Kolonialmarken, die für das Reich gesammelt werden sollten, zu sortieren und in Päckchen zu sammeln. Er benutzte diese Gelegenheit, um nach und nach nach Marken, die nach den Katalogen der Briefmarkenhändler einen Wert von insgesamt 80 000 M. hatten, an verschiedene Händler zu verkaufen, bis durch seinen Bruder verlaufen zu lassen. Er wollte die Marken angeblich von einem Amerikaner erhalten haben, was ihm jedoch nicht geglaubt wurde. Das Gericht verurteilte Hähne zu vier Monaten, den Bruder zu sechs Monaten Gefängnis.

Riefenstiehlerei. In der Nacht zum Donnerstag fanden zwei außerordentlich süß und frech angelegte Wohnungseinbrüche statt, und zwar bei einem Großkaufmann in der Gartenstr. 2 und bei einem hohen Beamten in der Händelstraße im Tiergartenviertel. Es handelt sich beidemal um sogenannte Fassadenletterer, die von außen in die Wohnungen eindringen. In der Gartenstraße erbeuteten sie unter vielen Silberstücken auch eine massiv silberne Blumenstaerer im Gewicht von einem Viertelkilo. Dem Beamten wurde gleichfalls hauptsächlich Silber gestohlen, darunter eine komplette, schwer silberne Teetischservitur, aus 140 Teilen bestehend. Der Gesamtwert des gestohlenen Gutes beträgt etwa eine Million Mark. Es wurde eine Belohnung von 50 000 M. auf die Wiederherbeifassung ausgesetzt.

Zum Leiter des Zentralamts für das Wohnungswesen und zum ersten Vorsitzenden des Kleinteilungsausschusses der Stadt Berlin und zwar mit der vorläufigen Amtsbezeichnung Direktor wählte der Magistrat in seiner letzten Sitzung den Magistrats-assessor Bild, der bereits im Mai vorigen Jahres die Geschäfte dieser jetzt neu geschaffenen Stelle kommissarisch geführt hat.

Der Betrieb der Wannen- und Brausebäder in den beiden südlichen Badeanstalten Strumme Str. 10 und Tandelmannstr. 47 ist wieder eröffnet worden. Es steht zu erwarten, daß auch bald genügend Holz vorhanden sein wird, um die Schwimmbäder in der Strumme Str. 10, die einstweilen noch geschlossen bleiben muß, wieder in Betrieb zu nehmen.

Das Ehepaar Hans und Agnes Fuhrmann veranstaltete im Harmonium-Saal einen Unkennlich-Abend. Agnes Fuhrmann liebt von den lecken und fröhlichen Weibern besonders die schlesischen. Das „Arbeitsamt“ von Hahnschlag, was prächtig. Hans Fuhrmanns Können zeigte sich in dem viel gelungenen und abgeleiteten, aber hier gesprochen und plöblich fast dramatisch wirkenden Vokalied: „Die Fahrt ins Gen.“. Glasbrenners urwüchsigen Alt-Berliner, Morgensüßens grotesken und Junquidels träumerischen Humor vertrat der Künstler als Witzkünstler und aus Schiller und Umland entnahm er mit gutem Geschick seltenen Humor. Den strebsamen Künstlern wäre ein volles Haus zu wünschen gewesen.

Bezirksbildungsamt Groh-Berlin. Sonntag, den 12. März, letztes Festkonzert. Die Karten sind einzeln. — Sonntag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Volkstheater, Eidenhofer Straße 68, „Der zerbrochene Krug“, von Kleist, und „Die Gezeiten“, von Wolke. Karten à 6,50 M. einschließlich Kleiderabgabe und Theaterzettel im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 4 Tr., und bei den Billumpfandwirtschäften der Kreise Dargarten, Friedrichshain, Schöneberg, Neukölln und Wilmersberg. — Sonntag, 19. März, nachmittags 1 Uhr, im Kongressaal Friedrichshain, die neunten „Sinfonie“ von Beethoven. Karten à 6 M. im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Vertrauensleuten des Kreises Friedrichshain.

Ein Kunstabend zum Besten des Arbeiterjugend-Landheims findet am Sonntag, den 26. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula des Reichs, 40. Stoll. Mitwirkende: Hans Fuhrmanns Rezitationen, Hans Fuhrmanns Witz über die Kunst. Eintritt 3 M. Die Eintrittskarten sind auf den Veranstaltungsausschuss des Vereins Arbeiterjugend, sowie am Sonntag am Saalengang zu haben.

Sozialistischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin. Der zum 24. Februar, abends 8 Uhr, im Hörsaal 33 der Universität angelegte Vortrag des Professors Bernheim ist aus. — Die ordentliche Mitgliederversammlung findet am 3. März, abends 8 Uhr, im Hörsaal 47 der Universität Berlin statt.

Das deutsche Beileid zur Katastrophe der „Roma“. Der Reichszentralrat hat an den amerikanischen Geschäftsträger Dresden folgendes Schreiben gerichtet: Mit tiefer Anteilnahme habe ich aus Zeitungsnotizen entnommen, daß das amerikanische Milliardenschiff „Roma“ beim Ueberfliegen des Hampton-Road-Kanals explodiert und mit der Beladung niedergestürzt ist. Zahlreiche Menschenleben sollen zu beklagen sein. Ich darf Sie bitten, hochverehrter Herr Dresden, den Hinterbliebenen der Verunglückten und der Regierung der Vereinigten Staaten die herzlichste Anteilnahme der deutschen Reichsregierung übermitteln zu wollen.

Vollzogenes Todesurteil durch Erschießen. An dem wegen Ermordung des 16-jährigen Badergeisellen Kohnmeister am 13. d. M. zum Tode verurteilten Lagerführer Rud. Polibka, der wegen Verübung anderer Mordtaten auch noch Tormstadt und Prag angeklagt werden sollte, ist gestern früh auf Veranlassung der bayrischen Regierung das Todesurteil im Vollstreckungsgefängnis Stadelheim durch Erschießen vollzogen worden.

Wetter bis Sonnabend mittag. Jämlich mild, aber mit abnehmender Regen, bei trübem weißem Himmel.

Wirtschaft

Steigende Preise.

Der Monat Januar hat eine neue allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten gebracht. Damit ist aber die Bewegung keineswegs zum Abschluß gekommen, vielmehr zeigen die Preise der wichtigsten Lebensmittel weiter steigende Tendenz. Besonders drückend ist die fortgesetzte Steigerung der Getreidepreise im freien Handel. Obwohl der Umlagepreis für Getreide nicht erhöht worden ist, stiegen der Landwirtschaft aus der Brotpreiserhöhung am freien Markt geradezu ungeheure Gewinne zu. Weizen, der im Februar 1913 10,25 M. getostet, wird jetzt an der Berliner Börse mit 550 M. pro Zentner bezahlt, also annähernd dem 54fachen Vorkriegspreis. Bei Roggen ist es nicht anders. Dieser ist von dem Vorkriegspreis von 8,25 M. auf 420 M. gestiegen, also etwa auf das 50fache. Wie stark gerade in den letzten Monaten der Getreidepreis sich erhöht hat, erseht man daraus, daß im November d. J. Weizen 219, Roggen 174 M. kosteten.

Wie hoch die Gewinne der Landwirtschaft aus diesen Preisen sind, kann man ungefähr daran ersehen, daß nach dem Umlagepreis, der auf Grund der Produktionskosten des letzten Jahres ermittelt wurde, der Roggen auf 105 M. je Zentner zu stehen kam. Das Bierfache davon wird heute im freien Verkehr erzielt. Rückstillslos nähern die Agrarier die günstige Konjunktur an, ohne nach der Not der Verbraucher zu fragen. So, sie haben sogar gedroht, daß sie unter dem Marktpreis im nächsten Jahre kein Getreide mehr zur Ablieferung bringen werden. Sie wollen die Zwangswirtschaft mit aller Gewalt weiter bekämpfen und jede Umlagekündigung ablehnen. Dabei ist auch von der letzten Ernte nur etwa ein Viertel des Gesamttrages durch die Umlage erzielt worden, das übrige wurde am freien Markt verkauft.

Es wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein zu verhindern, daß die Kampfanzeige, die die Agrarier auf der letzten Tagung des Landbundes an das Volk gerichtet haben, zusammenfällt. An eine restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft ist um so weniger zu denken, als gerade die Preisbewegung der letzten Wochen die verhängnisvollen Wirkungen der durch die Politik des Herrn Hermes so erfolgreich, aber zum Schaden der Verbraucher gelockerten Zwangswirtschaft gezeigt haben.

Auch auf weiteren Gebieten des Lebensmittelmarktes stehen Preissteigerungen bevor, so die bereits angekündigte Erhöhung des Zuckerpreises, die den Kleinhandelspreis auf etwa 8 M. das Pfund hinaufreiben dürfte.

Die Kohlenpreise, die erst kürzlich erhöht worden sind, werden, wie jetzt bekannt wird, demnächst erneut um etwa 200 M. erhöht werden. Außerdem tritt die erhöhte Kohlensteuer, die von 20 auf 40 Proz. heraufgesetzt worden ist, am 1. März in Kraft. Beide Maßnahmen zusammen sollen herbeiführen, daß der Preis deutscher Kohle in den Seehäfen sich auf den Weltmarktpreis von rund 1150 M. stellt. Diese Maßnahme ist durch die Forderungen der Entente in Cannes notwendig geworden. Sie stellt eine neue schwere Belastung für den Verbraucher, aber auch für die verarbeitenden Industrien dar, die jetzt wieder eine der wichtigsten Rohstoffe zum Weltmarktpreis beziehen müssen, so daß die Produktionskosten in Deutschland sich immer mehr denen der anderen Länder nähern und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands am Weltmarkt gemindert wird. Der Reichskohlenverband und der Große Ausschuss des Reichskohlenrats werden am kommenden Montag zu dieser Frage Stellung nehmen. Wie es heißt, soll dabei auch erörtert werden, ob den Kohlenzweigen erhöhte Rückstellungen zum Ausbau ihrer Betriebe ermöglicht werden sollen. Wenn das geschieht, so müßte unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß die Preiserhöhungen tatsächlich dem Ausbau der Zechen zugute kommen, um die Förderungsmenge zu steigern. Zu diesem Zweck wäre es erforderlich, daß nicht hohe Preise ohne weiteres den Werken beliebig in die Hand gegeben werden, sondern daß ein Teil der Preiserhöhung in eine gemeinsame Kasse fließt, aus der Zuschüsse und Darlehen für die herabgewirtschafteten Werke gegeben werden können. Andernfalls erzielen gerade die günstig arbeitenden Werke erhebliche Sondergewinne, die nach den bisherigen Erfahrungen erst in letzter Linie den Zechen selbst zugute kommen, sie werden zu privatwirtschaftlich rentablen Zwecken verwendet, wie z. B. Angliederungen weiterer Betriebe.

Die Wiedergewinnung des Weltmarktes.

Deutschlands Handelsverkehr mit Australien beginnt nach und nach sich wieder zu entwickeln, nachdem die Einfuhrzölle für deutsche Waren zum Teil aufgehoben worden sind. Australien kann sich dem Druck nicht entziehen, den der überlastete Markt besonders für Wolle und Getreide aufweist. Man ist geneigt, Absatzgebiete zu suchen, und geht auch hier, daß Deutschland als Absatzmarkt nicht vollständig befreit werden kann. Zugleich muß damit der deutschen Ware der australische Markt eröffnet werden. Es ergeben sich dennoch für die Aufnahme des Verkehrs sehr große Hindernisse, da die Deutschland feindliche Stimmung gerade in Australien noch sehr nachwirkt. Die vollständige Freigabe der Einfuhr deutscher Waren wird deshalb auch erst im August dieses Jahres erfolgen.

Wie berichtet wird, hat die Firma Krupp ein größeres Waren-austauschgeschäft mit der argentinischen Regierung zum Abschluß gebracht. Die Firma Krupp hatte eine Lieferung von 30 000 Tonnen Eisenbahnschienen und anderen Metallwaren übernommen, die nunmehr in einem Warenaustrausch ihren geschäftlichen Abschluß finden soll. Die Firma übernimmt für 2 Millionen Pesos Wolle, mit deren Verschiffung nach Deutschland bereits begonnen ist. Solche Abschlüsse sind sehr zu begrüßen. Sie ermöglichen eine Kohlsouffertarung für Deutschland und festigen die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten.

Auf ähnlicher Grundlage wird der Absatzmarkt in Rußland erschlossen werden können, nur ist Rußland nicht in der Lage, einen so reichen Rohstoffüberschuß zur Ausfuhr bereitzustellen, wie es Argentinien vermag.

Devisenkurse. Nachdem gestern an der Börse die Devisenpreise anfänglich zurückgegangen waren, befestigten sie sich später wieder, so daß der Dollar, der um die Mittagsstunde mit 210 gehandelt worden war, sich nach amtlicher Notierung auf 214,78 M. gegen vorgestern 212,78 M. stellte. Auch die übrigen Devisen zeigten überwiegend geringe Preisrückgänge, mit Ausnahme von holländischen Gulden, die auch bei der amtlichen Notierung um wenige Mark um den vorgestrichen Kurs zurückblieben. Der Niedergang der österreichischen Valuta setzt sich fort; 100 Kronen wurden gestern mit 4,43 M. notiert.

Ein Mittel gegen die Schleuderkonkurrenz. Nach einem kürzlich zwischen dem englischen Dolarkonkurrenzverband und dem Arbeitgeberverband des Vagengewerbes abgeschlossenen Vertrage müssen in Zukunft alle aus dem Ausland eingeführten Schreinerwaren den Stempel der dort zuständigen Arbeiterorganisation tragen, der als Ausweis dafür angesehen wird, daß die Herstellung unter den von der Arbeiterchaft beanspruchten Bedingungen erfolgte. Andernfalls wollen die englischen Dolarkonkurrenz jeder Verwendung oder Veräußerung solcher Waren verweigern.

Polen und Rußland. Aus Warschau wird gemeldet: Die polnische Regierung hat alle Beschränkungen, die bisher für den Handel mit Rußland in Kraft waren, aufgehoben und feste Richtlinien für den Warenhandel an den Grenzen erlassen.

Reichsregierung und Auslieferungsbeschluss.

Im Reichstag stand gestern der Etat des Reichsjustizministeriums zur Debatte.

Abg. Hoffmann-Kaiserlautern (Soz.):

Am besten ist jene Justiz, von der am wenigsten geredet wird. Ueber unsere Justiz wird viel geredet. Die Strafsjustiz erscheint dem Volk als Beschützerin des Unrechts. Das Uebel steckt tief. Es zeigt sich im ganzen Verfahren von der Eröffnung bis zur Urteilsverkündung, es zeigt sich in der Psyche des Richters, es steckt in der Klassengliederung des Volkes. Die Justiz dient der herrschenden Klasse. Die Richter gehören zur herrschenden Klasse. Nur selten stammt ein Richter aus dem Arbeiterstand. Die Klassenjustiz ist im Klassenstaat ein notwendiges Gewächs. Freilich gibt es auch da und dort einen vorurteilsfreien Richter, und wir wissen auch, daß die Richter nicht absichtlich und bewußt das Recht beugen. Aber der Richter kann sich dem Einfluß seines Lebenskreises nicht entziehen. Daher die

Justiz mit Ansehen der Person.

Ich erinnere an den Richter, der den Hohenzollernprinzen sofort nach der Vernehmung den Gerichtsaal verlassen ließ. Sie sagen: Das sind Kleinigkeiten. Gewiß, aber Kleinigkeiten von großer psychologischer Bedeutung. Das Volk hat ein feines Gefühl und viel Verständnis für solche Kleinigkeiten. Ich erinnere an den Fall Kaehne. Hälter nicht der Junker den Arbeiter erschossen, sondern der Arbeiter den Junker, dann wäre der Arbeiter längst verhaftet worden. (Zustimmung links.) Die Sozialdemokratie wird nicht aufhören, diese Klassenjustiz zu bekämpfen. Wenn bei uns eine Verhöhnung der Symbole der Republik milde und eine Verhöhnung der Symbole des alten Regimes scharf gestraft wird, dann sehen wir, daß die Richter die politische Gesinnung verschieden werten. Jagow wurde gegen Kaution vom Reichsgericht freigesprochen, der Kommunist Ebel dagegen nicht, obwohl Ebel unschuldig war. Das nennen wir Sozialdemokraten Klassenjustiz. Man muß sich wundern, daß Sie (nach rechts) sich nicht fragen, warum die Milde der Richter sich immer nur nach rechts hin offenbart. Wie lächerlich gering waren die Strafen, die der Schiele-Prozess brachte. Die Teilnehmer an kommunistischen Büchsen werden von der Polizei nach noch Jahren aufgesüßert. Dieselbe Polizei findet aber nicht die Mörder von Garais und Erzberger. Sie wird auch den Kappisten Jagow nicht finden, wenn er nächstens entfliehen sollte. (Sehr richtig links.) Wir verstehen, wenn es unter den Richtern Monarchisten gibt. Diese Gesinnung entwertet nicht ihren Charakter. Wir wissen, daß es nicht immer die besten Elemente sind, die rasch und leicht ihre politische Ueberzeugung wechseln. Aber der Richter, der das Urteil

„Im Namen des Bödels“

verfälscht, durfte keine Stunde länger im Amte bleiben. Und wenn ein Richter bei der Schwörung des Eides ohne Gott sitzen bleibt, dann haben wir es hier mit einer absichtlichen Verhöhnung zu tun. Die Republik darf sich solche Verhöhnungen durch ihre eigenen Beamten nicht gefallen lassen. Sämtlich diese Verhöhnungen gefallen, dann verdient sie keine bessere. Der Richterverein fordert auf, die im republikanischen Richterbund organisierten Richter als Befangen abzuschreiben. Die Richter, die bei den Rechtsparteiern organisiert sind, dürfen natürlich nicht als Befangen abgelehnt werden. Es ist Zeit, daß die Große Justizreform kommt. Sie darf nicht länger verzögert werden. Es muß der Ehre eines Reichsjustizministers sein, hier etwas Großes zu leisten. Wir wissen, daß es der neue Reichsjustizminister Dr. Radbruch nicht leicht in seinem Amte heben wird. Er hat ja sogar Beziehungen zu den Männern der Kaiserrepublik, zu Tollner und Mühsam. Ist das nicht schämig? Beziehungen zu Revolutionären? Dr. Radbruch wird dadurch für meine Partei nicht weniger wertvoll. (Lärm links: Am Gegenteil!) Konstatieren wir doch einmal den Reichstag durch: Die Kommunisten sind revolutionär, die Unabhängigen und Sozialdemokraten waren es und die Herren der Rechtsparteiern werden es sein. (Heiterkeit.) Selbst die Wägen der Bayerischen Volkspartei hoben einmal vor 70 Jahren gegen die Lola Montez revoziert. (Heiterkeit.)

Tollner und Mühsam

haben in der Revolution ihr Leben riskiert, und solche Revolutionäre verdienen auch die Achtung des Geamers. (Sehr laut links.) Auch die Kappisten hätten bei den Arbeitern sich einer größeren Achtung erfreut, wenn sie mehr persönlichen Mut geoffenbart hätten. Von diesen hohen Gesichtspunkten aus betrachten wir die Frage der Amnestie. Wir erkennen die weitberühmte Auffassung des Reichsjustizministers an, aber die individuelle Begnadigung reicht nicht aus. Die Frage der Amnestie der politischen Gefangenen, auch der in Bayern, muß ein Stück vorwärts kommen. Gerade die Haltung des Reichsgerichts gegenüber den Kappisten war von atrophem Einfluß auf die Haltung der Sozialdemokratie in der Amnestiefrage. Die kleine Justizreform, des heißt die stärkere Heranziehung der Arbeiter zur Tätigkeit der Schöffen und Geschworenen und dergleichen, kann die Klassenjustiz nicht beseitigen, sondern nur mildern. Wichtig ist, daß nun auch die Volksgerichte in Bayern endlich verschwinden. Es ist nicht notwendig, daß hier so eine Art von neuem Referat für die Partikularen entsteht oder bestehen bleibt. Von Bayern kommt auch der stärkste Widerstand bestehen bleibt. Von Bayern kommt auch der stärkste Widerstand gegen die

Beteiligung der Frau an der Rechtspflege.

In Bayern ist man der Auffassung, daß es eine Schande sei für einen Mann, von einer Frau abgeurteilt zu werden. Das hat auch das Bayerische Justizministerium behauptet und hat dabei von einer Inferiorität des Verstandes der Frau gesprochen. (Hört, hört! links.) Bedauerlich ist auch, daß sich der deutsche Anwaltverein gegen die Beteiligung der Frau am Richteramt ausgesprochen hat. Es ist unbegreiflich, wie man von der Inferiorität des Verstandes der Frau sprechen kann, nachdem die Gesellschaft die Frau früher geistig hungern ließ. Notwendig ist die Reform der Ehecheidung. Die Erleichterung der Ehecheidung darf nicht mit dem Hinweis auf die Heiligkeit der Ehe unendlich gemacht werden. Nichts ist unsittlicher, als eine zerrüttete Ehe. Wo der Zerfall der Ehe eintritt, ist die Scheidung schon im Interesse der Kinder und der Moral eine Notwendigkeit. Was die Auslieferung der Mörder des spanischen Militärpräsidenten Dato betrifft, so muß ich betonen, daß diese Auslieferung nicht unseren Wünschen entspricht. Wir erwarten vom Reichsjustizminister die Gründe für diese Auslieferung zu hören. Wir Sozialdemokraten betrachten das Richteramt als ein schweres und hohes Amt. Wer über Leben und Schicksal von Personen und Familien entscheidet, muß sich seiner Verantwortung voll bewußt sein. Wir wollen einen freien und unabhängigen Richteramt. Richteramt und Deffenlichkeit müssen zusammenarbeiten. Eine gute Justiz ist ein Segen, eine schlechte eine Qual und Schande. (Leb. Beifall bei den Soz.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Warmuth (Dt.), Rosenfeld (U. Soz.) und Kahl (D. Sp.), der u. a. erklärt, wenn er Richter wäre, dann würde er wahrscheinlich dem republikanischen Richterbund beitreten, da jeder Richter auf dem Boden der Verfassung stehen müsse, ergreift

Reichsjustizminister Dr. Radbruch

das Wort: Zu den aufgeworfenen Fragen nehme ich morgen Stellung. Unaussehbar aber ist ein Wort zur Frage der Auslieferung der angeblichen Mörder Datos. Das Wortrecht muß einer demokratischen Republik besonders heilig sein. (Auf links: Mühe!) Das Deutsche Reich muß sich aber auch verpflichtet fühlen zur peinlichen Beobachtung seiner vertraglichen Verpflichtungen, besonders in dem Augenblick, wo es im Begriff steht, aus einer ähnlichen Rechtslage gleiche Konsequenzen zu ziehen, nämlich in der Frage der Auslieferung der Erzberger-Mörder. Es handelt sich hier nicht um menschliches Mitleid oder um Politik, sondern lediglich um eine Frage des Rechtes, des Vertrages, des internationalen Vertrauens. Der Artikel 6 des deutsch-spanischen Vertrags von 1878 lautet: „Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages finden auf solche Personen, die sich irgendeines politischen Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht haben, keine Anwendung, die Person, die wegen eines der im Artikel 1 oder 2 angeführten gemeinen Verbrechen ausgehört worden ist, darf demgemäß denjenigen Staaten, an die die Auslieferung erfolgt ist, in keinem Falle wegen eines vor der Auslieferung begangenen politischen Verbrechens oder Vergehens oder wegen einer Handlung, die mit einem solchen Verbrechen im Zusammenhang steht, in Untersuchung gezogen oder bestraft werden.“ Es handelt sich also einerseits um politische Straftaten, andererseits um solche, die mit politischen Straftaten im Zusammenhang stehen. Politische Straftaten sind demgemäß im engen Sinne dieses Begriffes auszulegen. Das sind Straftaten,

gegen den Staat unmittelbar gerichtet,

wie z. B. Hochverrat, Landesverrat und dergleichen. Es wäre sinnlos, die politischen Delikte in diesem Zusammenhang zu nennen, wenn sie im weitesten Sinne gemeint wären. Es entsteht nun die Frage: Wo ist das politische Verbrechen oder Vergehen, mit welchem die angebliche Tat der angeblichen Mörder Datos in Zusammenhang steht? Wo ist das wirkliche oder auch nur geplante Hochverratsverbrechen, in dessen Rahmen sich dieser Mord einreicht? Nach der Darstellung, die nicht nur die spanische, im Einklang mit ihr die deutsche Botschaft geneben hat, sondern die auch die kommunistische Presse geliefert hat, handelt es sich nicht um eine Tat, die sich als unmittelbare oder mittelbare Vorbereitungshandlung eines ausgeführten Hochverrats darstellt, sondern um eine Tat, die zwar aus politischen Motiven, aus dem Motiv politischer Rache begangen wurde, aber nicht zu politischem Zwecke. (Lachen links.) Politische Taten sind nur solche Taten, die zur Ausführung eines politischen Verbrechens dienen. (Gesächter auf der Linken.) Ich gebe zu, daß das Ergebnis, zu dem die Reichsregierung gelangen mußte, nicht nur aus menschlichen, sondern auch

aus juristischen Gründen höchst unerfreulich

ist. Ich will es einmal drohtlich ausdrücken. Hätten diese angeblichen Mörder Datos es schlimmer getrieben, so wäre es ihnen besser ergangen. Stellte ihre Tat sich dar als eine Teilerfüllung eines Hochverratsunternehmens, so wäre die Auslieferung unendlich gewesen. So aber mußte die Auslieferung erfolgen. Gerade dieser Fall dürfte zum Anlaß werden, unser Auslieferungsrecht zu revidieren! Ein Auslieferungsrecht ist bereits in Vorbereitung. Es ist dem spanischen Botschafter feierlichst der Wunsch der Reichsregierung ausgesprochen worden, daß ein zweites gegen die beiden Spanien gefülltes Todesurteil nicht zur Ausführung gebracht wird. Das ist nicht nur der Wunsch der Reichsregierung, sondern auch der Wunsch weitester Kreise des

Volkes, die zwar einen Mord verurteilen, ganz gleich, aus welchen Gründen er begangen ist, die aber den politischen Mörder nicht auf die gleiche Stufe stellen wie den Raubmörder.

Die Beratung des Justizrats wird abgebrochen. Angenommen wird noch das Gesetz über den Kasernenstand der Reichswehr.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Anträge, Kleine Vorlagen, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Justizministerium, Schluß 157 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis Biergarten, Sonnabend, den 24. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Kaiser-Oberrealschule, Potsdamer Str. 2. Vortragsabend. Rezitationen, Nieder zur Seele. Eintrittskarten 1,50 M.

Heute, Freitag, den 24. Februar:

- 25. Abt. Der Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin gründet hier unter dem Namen „Landberger Viertel“ eine neue Abteilung. Die Parteigenossen werden gebeten, ihre schulentlassenen Söhne und Töchter auf die heute abend 7 1/2 Uhr in der Turnhalle der Gemeindefabrik Schönländer Straße stattfindende Gründungsversammlung aufmerksam zu machen. Der Genosse Richard Timm spricht über das Thema „Was will der Verein Arbeiter-Jugend?“
- 26. Abt. Die Genossen treffen sich zum gemeinsamen Abendessen zur Versammlung bei Burg, Bernauer Allee 189.
- 27. Abt. Die Genossen treffen sich um 7 Uhr Petersburger Str. 4 zur Versammlung.
- 28. Abt. Friedrichshagen, 6 1/2 Uhr treffen sich die Genossen zur Versammlung in der Aula des John-Gymnasiums, Marktstr. 8.
- 29. Abt. Die Genossen treffen sich um 7 1/2 Uhr im Jugendheim Reizendorfer Straße 55, Vortragsabend. — Gruppe Lichtenberg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Albrechtstr. 14a, Vortragsabend. — Gruppe Köpenick: 7 1/2 Uhr in der Gemeindefabrik Patscher Str. 34, Diskussionsabend. — Arbeitergemeinschaft Ebers: 9 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Fortsetzung der Aussprache.

Morgen, Sonnabend, den 25. Februar:

- 6. Abt. 7 Uhr gemütliches Beisammensein bei Dohndorf, Ewinmünder Straße 11. Gölle willkommen.
- 34. Abt. 7 Uhr bei Dürmiller, Cobiner Str. 21, Sitzung der Funktionäre, Betriebskommissionen und Elternbeiräte.
- 137. Abt. Reinickendorf-Weg, 7 Uhr im Lokal Schiller, Antonienstr. 10a, Funktionärsitzung.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, SW. 68, Ebersstr. 3, 2. Hof, 3. Exp. Telefon Reichsplatz 121 06—121 18.

Ein Ausflugsabend zum Besten des Arbeiterjugend-Landheims findet am Sonntag, den 26. Februar, abends 6 Uhr, in der Aula Kleinstr. 49 statt. Genosse Hans Fuhrmann referiert aus Heinz, Kiliencron und anderen Werken. Agnes Fuhrmann-Wubb liest zur Seele. Eintritt 3 M. Eintrittskarten sind am Eingang zu haben.

Heute, Freitag, den 24. Februar:

- Bahnhof: Jugendheim Gemeindefabrik Joachim-Friedrich-Str. 35/36, Vortrag: „Erste Hilfe bei Unfallsfällen.“ — Charlottenburg: Jugendheim, Vortrag: „Erste Hilfe bei Unfallsfällen.“ — Reinickendorf: Jugendheim Auguststr. 50, Vortrag: „Jugend und Partei.“ — Reichshagen: Jugendheim Gemeindefabrik Reizendorfer Str. 55, Vortrag: „Die Kulturverderben der Arbeiterjugend.“ — Schöneberg II: Jugendheim Comenius-Schule, Frankfurter Str. 10, Vortrag: „Erdbeben Ägyptens.“ — Landsberger Viertel: Jugendheim Gemeindefabrik Schönländer Str. 1, Gründungsversammlung. Vortrag des Genossen R. Timm: „Was will der Verein Arbeiter-Jugend?“

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich rego. Fisch reichlicher, Geschäft rego. Obst und Gemüse schwach, Geschäft still.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhändlerpreise:

- Kalbsteck 18—23 M. Kalbskeule 17 M. Rindfleisch 16—24 M., Knochen 25—26 M. Hammelfleisch 17—25 M. Schweinefleisch, Schweine- und Rinderleber bis 25 M. Kalbsleber 26 M. Rückenleber 31—33 M. Linsen 32—34 M. Kabeljau 7,50—8,50 M. Dorsch 5 M. Seelachs 8 M. Ratzungen 10—11 M. Grüne Heringe 7,50 M. In Eis: Hechte 12 M. Zander 20—21 M. Schleie 12 M. Karpen 12 M. Barsche 10—14 M. Leberaale 50—55 M. Schleie 22—23 M. Hechte 30 M. Weißkohl 3,50—4 M. Wirsingkohl 4—4,50 M. Grünkohl 2,25 M. Rotkohl 5—7 M. Rosenkohl 9 M. Blumenkohl 12—15 M. der Kopf. Mohrrüben 3 M. Zwiebeln 3,50—4 M. Erdäpfel 7,50—10 M. und Erbbsen 6—9 M. Mandarinen 15—18 M. Naturbutter 44—51 M. Margarine 24—33 M. Schweinefleisch 31—32 M.

Gegen raue aufgesprungene Haut
CREME MOUSON
vollkommenstes Hautpflegemittel

für Herren- u. Damen-Bekleidung
besize Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Stoffe Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20—21.

Winkelhausen Alte Reserve
die deutsche Weinbrandmarke

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str 71-73 a, 5 Min. vom Hbf. Frankfurter Allee

empfehlen zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen u. besseren Genres

Küchen
farbig und naturlasert in allen Preislagen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern

Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr!

Verkaufen Sie daher anderwärts nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahle stets den allerhöchsten Tagespreis für

Gold Silber Sachen Platin Zahnräder Gebisse
Uhren Ringe Bestecke Brauca Zahnstifte Kettente Kettente Zehner b. 300.—
Ketten b. 300.—

Schmucksachen + Münzsammlungen

Wollen Sie wirklich sehr hohe Preise erzielen, so wenden Sie sich vertrauensvoll nur an die ha. desgerichtlich eingetragene Firma

Richard Herrmann, Wilhelmstr. 39
Ecke Kochstraße, nahe Anhalter u. Potsdam, Bahnhof

Vom Publikum selbst als eine höchstzahlende und reelle Ankaufsstelle anerkannt.

Vorzeiger dieser Anzeige erhält beim Verkauf 5 M. extra.

Qualitäts-Raucher! bevor die Fabrikate

g. r. Schweizer Zigarren-Fabriken
Gute Qualitäten von 80 Pf. an

Erhältlich in den Zigarren-Spezialgeschäften
Telephon: Amt Rheingau 1990. Varziner Str. 2

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garant. f. gut. Sit u. Verarbeitung?
May Motel, Schneidermstr.
Neutöln, Ringbahnstr. 33 = Tel. 909
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Siele Anzügen u. Damiederben

Sanitätsrat
Dr. Wegscheiders
Brust-Tee
n Orig. Vorschr. geg.
Husten, Asthma
u Lungenleiden

Pak. zu 5.— u. 9,50
Erfolten-Apothek
Berlin SW, Leipzig, St. 74
1) in Apotheken
Zentr. 2192

3 lehrreiche **Geschlechtsleiden!** Stück M. 2.—
Hofe über Porto extra.

1. Harnröhrenleiden (trisch und venereal) mit Anhang: Weiblich u. d. Frau, 2. Behandlung d. Syphilis, 3. Nervenschwäche bei Manneschwäche. Viele Anerkennungen. Zusendung völlig diskret. Schreiben Sie sofort.
Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut G. m. b. H. Berlin NW 117, Rathenowerstr. 73, Sprechst. 10-1, 4-7

Sverth & Mittelmann
Bankgeschäft
Geer. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4
gegenüber d. Petrikirche
Fernspr.: Zentrum 2373, 7103 u. 11541

An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
Geschäftszeit 9—3

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer
teils auf Seide, jetzt für 400—600 M. Ferner Damen-Kostüme, Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm billig! Pelzwaren: Kreuzfische 300, Zobelstücke 400, Biber, Silberfische, Skunks, Wölfe, Luchse, Sportpelze 500, Gelpelze 1800, Pelzmäntel 2500, K. i. a. Lombardwaren.

